

Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige B.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 3 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter legt 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 5852. Dr.

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
EINIGKEIT

„Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter einschl. Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen für die nächste Nummer Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, so beliebt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 14. Oktober 1932

Nr. 242

An das deutsche Volk!

Reichskanzler von Papen hat mit seiner Rede vor den bayerischen Industriellen in München am 12. Oktober der demokratischen Republik den Krieg erklärt.

An die Stelle einer Staatsgewalt, die vom Volke ausmacht, will Herr von Papen das konservative Gottesgnadentum setzen.

Herr von Papen fordert für die Länder die „Verfassungsautonomie“, d. h. das Recht, Monarchie und Klassenwahlrecht wieder einzuführen. Der Volksvertretung will er das Recht nehmen, die Regierung abzuberufen. Er will jenen Zustand der Ohnmacht des Parlaments wieder herstellen, wie er vor dem Kriege in den Zeiten des persönlichen Regiments bestanden hat.

Herr von Papen erklärt, seine Regierung habe den Willen und die Macht, die Verfassung zu ändern. Er wird aber für seine reaktionären Pläne weder eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags noch eine Mehrheit aller Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung gewinnen können, ohne die eine Reform auf verfassungsmäßigem Wege nicht möglich ist.

Woher will also Herr von Papen die Macht nehmen, die Verfassung dennoch zu ändern? Die ihm ergebene Presse gibt unzweideutig zu verstehen, daß dies auf dem Wege des Staatsstreichs, des Verfassungsbruchs geschehen soll.

So hat die Reaktion die Maste abgeworfen. Sie holt zum entscheidenden Schläge aus. Ihr Vernichtungswille gilt den politischen und sozialen Rechten, die wir Sozialdemokraten in jahrzehntelangen Kämpfen dem Volke errungen haben.

Fällt die Demokratie, das gleiche Wahlrecht, das Recht der Volksvertretung, so fallen mit ihnen das Recht der Gewerkschaften, das Tarifrecht, das Recht des arbeitenden Menschen auf Unterhalt im Falle der Not.

Wird das Adelsregiment, die Diktatur des Großbesitzes verfassungsmäßig verankert, so werden

Lohndruck und Unterstützungsdruck

damit verehrt. Nur in schwersten Kämpfen unter den fürchterlichsten Opfern wird dann das arbeitende Volk wieder die Stellung zurückgewinnen können, die es nach der Revolution und unter der letzten Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Hermann Müller schon erreicht hatte.

Gegen die Pläne der Regierung der Barone stellt sich die Sozialdemokratie zur Verteidigung und Gegenangriff.

Volksgenossinnen und Volksgenossen, kämpft mit uns! Duldet nicht, daß die Demokratie, das gleiche Wahlrecht aller Männer und Frauen angetastet wird! Kämpft mit uns gegen die Baronswirtschaft, gegen alle Feinde der Republik! Leistet Widerstand gegen Lohn- und Unterstützungsdruck! Fordert mit uns die Enteignung der Staatsstreichklüster, den Bruch der Verfassung, die planmäßige Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, die planmäßige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatswillen!

Gegen die soziale Reaktion und für die Rechte der Volksvertretung zu kämpfen, geben leicht auch die Nationalsozialisten vor. Aber haben nicht sie selber der sozialen Reaktion in den Sattel

geholfen? Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik, die Demokratie, die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat der Reaktion den Weg zur Macht geebnet.

Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung!

Nur über Sitters bereitwillig hingehaltenen Rücken kam Papen zur Macht!

Die Kommunisten aber haben, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten, in zahllosen Parlamentsabstimmungen und beim Volksentscheid vom 9. August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegen die demokratische Republik geführt. Jetzt ernten sie, was sie gesät haben.

Wer die demokratische Republik, das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System jahrelang mit Hehn und Haß bekämpft hat, der kann sie heute nicht gegen die Barone verteidigen.

Volksgenossinnen und Volksgenossen! Vahrt Euch nicht verwirren, wenn Ihr Euch nicht knechten lassen wollt! Wollt Ihr Eure Rechte verteidigen, so kämpft mit uns!

Es geht um alles!

Nieder mit der Baronswirtschaft! Kampf der Reaktion und ihren Staatsstreichgelüsten!

Vorwärts am 6. November für Demokratie und Sozialismus mit der Eisernen Front unter den Fahnen der Sozialdemokratie!

Freiheit!

Berlin, den 13. Oktober 1932.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Scharfer Protest der SPD.

Ueber ein Telefongespräch, das der Parteivorstehende Otto Wels unmittelbar nach der Rede des Reichskanzlers von Papen in München mit dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Meißner führte, wird in bürgerlichen Blättern in irreführender Weise berichtet. Es ist Wels nicht eingefallen, den Reichspräsidenten durch Meißner bitten zu lassen, er möge auf den Reichskanzler Einfluß nehmen, damit er in Zukunft solche Scharfen wie in seiner Münchener Rede unterlasse. Wels hat auch nicht ausgeführt, daß die Haltung des Kanzlers die Stimmung innerhalb der Partei verschärfe. Vielmehr hat sich Wels dem Staatssekretär Meißner gegenüber in Ausdrücken der schärfsten Ablehnung über die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers und die Art seines öffentlichen Auftretens ausgesprochen. Staatssekretär Meißner hat erklärt, daß er diesen Protest an den Reichspräsidenten weiterleiten werde. Im übrigen unterrichtet über die Stellung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Rede des Reichskanzlers in München der vorstehende Aufruf.

In Deutschland soll zweierlei Recht herrschen

Das ist die Meinung des Sachverständigen der Reichsregierung

Leipzig, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In dem Prozeß um Preußen versuchte der Vorsitzende am Donnerstag die unerlösten Auseinandersetzungen dadurch einzuschränken, daß er den Abschluß der Verhandlungen für Freitag als sein Ziel ankündigte.

Am Donnerstag jedenfalls wurde das Palaver um die Möglichkeiten, die die Anwendung des Artikels 48 gibt, zunächst durch eine breite und krause Rede des Professors Billinger in Halle fortgesetzt. Von ihr mußte selbst der Vorsitzende feststellen, daß es auch am Gerichtstische schwer sei, ihr zu folgen. Aber auch der Vorsitzende trägt nicht wenig dazu bei, die Diskussion auf immer neue Nebenwege abzulenken, obwohl er der Meinung zu sein scheint, daß er sie kontrolliere. Am Donnerstag richtete er zum Beispiel an den preussischen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, direkt die Frage, wann etwa nach dessen Meinung eine verfassungsmäßige Landesregierung aufhöre, verfassungsmäßig zu sein. Brecht hatte nämlich am Mittwoch bei der theoretischen Erörterung die Möglichkeit zugegeben, daß eine an sich verfassungsmäßig zustandgekommene Landesregierung durch Hochverrat sich außerhalb der Verfassung stellen könne. Nun will Bumke die Frage beantwortet wissen, wann denn solche Möglichkeit eintreten könne. Die Frage schließt für den Hörer gleichzeitig die Unterstellung ein, daß sie auch auf die preussische Regierung Bezug habe. Wollte Bumke wirklich andeuten, daß die verfassungsmäßige preussische Regierung mit Recht im Verdacht stehen könnte, durch Hochverratsabsichten die Absehung gerechtfertigt zu haben?

Zunächst freilich nahm nicht der preussische Vertreter das Wort, sondern der bayerische Staatsrechtler Rawiamski, der in geistvollen Darlegungen die Stellung der Diktaturregierung verpfändete. Er machte darauf aufmerksam, daß in Leipzig heute konkrete Geschichte gemacht werde, mehr als in München, wo Papen redete. Es handle sich hier für Preußen um die Wiedergewinnung einer genommenen Rechtsposition und

für die süddeutschen Länder um die zukünftige Sicherung einer Rechtsposition — für die Reichsregierung aber um die Verteidigung einer neugewonnenen Rechtsposition. In seiner Rede kam Rawiamski auch auf die wiederholt angezogene Begründung des verboten gewordenen „Vorwärts“ durch Severing zu sprechen. Wenn die Reichsregierung sage: Das geht doch nicht, so sage ich: „Das geht sehr wohl! Wenn z. B. der Bayerische Kurier“ auf Geheiß Berlins verboten werden sollte und der bayerische Minister seinem Parteiblatt den Wunsch ausdrückt, daß es nach Wiedererzweilen Erfolg haben möge, so sei das durchaus natürlich und keine Abhängungsverletzung. Eine Abhängungsverletzung aber würde darin zu erblicken sein, wenn etwa der Reichskanzler den bayerischen Minister zu sich bestellte, um ihm mitzuteilen, daß er abgelehnt sei. Ebenso abwegig sei die Bezugnahme auf die Wahlrede Severings, auf die sich Gottheiner immer beruft. Wenn Severing auffordert, die Regierung Papen davonzuzeigen, so sei das doch eine Wahlauflorderung, deutlich, wenn auch nicht sehr höflich. Eine solche Wahlauflorderung, die eine Kritik an der Reichsregierung einschleife, sei kein Grund, den Artikel 48 zu bemühen.

Professor Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, erzielte durch einen temperamentvollen Vorstoß die nochmalige Bekräftigung, daß der wesentliche Grund des Streiches vom 20. Juli der sei, daß die Minister Braun und Severing Sozialdemokraten sind. Nach Ansicht der Regierung Papen sind Sozialdemokraten an sich nicht geeignet, Landesminister zu sein. Sie würden immer unfrei gegenüber Kommunisten sein.

Heller nannte diese Auffassung der Reichsregierung deutlich eine Annahmung, die um so stärker wirke, als die Regierung selbst nicht die geringste politische Basis habe und nur Anführer gelten lasse, die denen der Deutschnationalen Partei entsprächen.

Auch durch die Ablehnung der zahlreichen sozialdemokratischen Sachbeamten — wie Harnack, Simons, Kranold — habe die Papen-Regierung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß reine Parteiabstimmungen bei ihr maßgebend seien, nicht aber die, die gar nicht gefärbte Ruhe und Ordnung wiederherzustellen oder tatsächlich nicht verweigerte Pflichterfüllung gegen das Reich zu erzwingen.

Leipzig, 13. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Staatsgerichtshof ergab sich am Donnerstag der außerordentliche Fall, daß der preussische Regierungsvorsteher Dr. Brecht in aller Form Einspruch erheben mußte gegen „die hypothetischen Examensfragen“ des Vorsitzenden.

Mit vollem Recht wies Ministerialdirektor Dr. Brecht es nun ab, darüber Auskunft zu geben, was möglicherweise geschehen könnte, wenn etwas praktischer nicht Vorhandenes eintreten würde.

Fort mit der Adelskumpanei, Drum stimmt das Volk für Litzke 2

Schon im Laufe des Vormittags hatte Brecht in ausführlicher Weise die Stellung Preußens zur Möglichkeit der Abhebung einer Landesregierung und zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen dargelegt. Abgesetzt würde nur eine offene Aufhebung der Regierung werden, also eine solche, die durch Staatsrecht oder Verträge zur Macht gekommen, oder in ganz besonderen Fällen eine solche, die zwar parlamentarisch aus Aussen, aber dann durch Staatsrecht von unten sich außerhalb der Verfassung stellt. In allen anderen Fällen sei eine Abhebung einer verfassungsmäßigen Landesregierung unter keinen Umständen denkbar und zulässig. Auch die Rechtsstellung der aus dem Amte beförderten Minister habe Brecht eingehend erörtert. Nach preussischer Ansicht bleiben die Minister, die aus ihrem Amte durch den Kommissar entlassen sind, rechtlich Staatsminister so lange, bis eine andere Regierung auf landesverfassungsmäßigem Wege eingesetzt ist. Der Kommissar hat die Minister zunächst völlig abgesetzt, erst später, als er die Unhaltbarkeit seiner Auffassung erkannt, habe er diese Abhebung in eine bloße Amtsunterbrechung umzuinterpretieren versucht. In Bezug auf die Zusammenfassung des Reichsrats hatte Brecht darauf hingewiesen, daß die Militärbehörden während des Krieges zwar alle Gewalt hatten, aber nicht über den Reichstag, den Bundesrat und die Landtage. Der frühere preussische Innenminister und der jetzige Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drems haben brieflich bestätigt, daß die Militärbehörden niemals Einfluß auf die Vertreter der Bundesstaaten im damaligen Bundesrat genommen hätten.

Der Rechtsgelehrte des Papenbinnen, Professor Karl Schmidt-Berlin, proklamierte als Recht: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.“ Preußen und etwa Oldenburg oder Braunschweig seien nicht gleichmäßig zu behandeln und zu bewerten. Karl Schmidt hat als Sachverständiger der Baronsregierung lediglich der Sache die Schelle umgehängt; nach seiner Ansicht soll kein gleiches Recht in Deutschland herrschen, es soll nur Zwangsrecht bestehen, das der herrschenden Schicht genehm ist.

Gegenüber der von Gottscheiner immer wieder behaupteten einseitigen Behandlung der nationalen Kreise wiesen sowohl Dr. Brecht wie Professor Heller mit Nachdruck darauf hin, daß das Verbot der SWL und der Uniformen nicht von Preußen, nicht von den abgesetzten Ministern, sondern vom Reichspräsidenten selbst erfolgt sei, der damals zutreffend die Bürgerkriegsgefahr erkannt habe, die aus dieser uniformierten Privatarmee Hitlers entspringe.

Zwischendurch verlas Gottscheiner ein langes Schreiben des Reichsministers Freiherrn von Gayl, der aus Esverings entschiedenem Dementi eine Bestätigung seiner eigenen Behauptung herauszuleiten will. Mit solchen Mitteln kann man zwar aus Weiß Schwarz machen, aber ob das Gericht davon einen Nutzen zieht, bleibt zweifelhaft. Wenigstens gab Präsident Bumke der Meinung Ausdruck, daß diese ganze Affäre von Gottscheiner gar nicht hätte vorgetragen werden dürfen.

Leipzig, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung des Staatsgerichtshofes teilte dessen Vorsitzender mit, daß sich der Gerichtshof die Entscheidung über die preussischen Beweisangebote vorbehalten. Reichsgerichtspräsident Bumke führte dazu unter anderem aus:

„Der Staatsgerichtshof hat sich mit der Frage des Beweisangebotes beschäftigt, den Preußen gestellt hat und der die Bestätigung des Reichskanzlers, des Reichswehrministers, des Staatssekretärs Wamms, Adolf Hitlers und des Freiherrn v. Gleichen fordert. Der Staatsgerichtshof, ist zu dem Schluß gekommen, sich die Entscheidung noch vorbehalten. Ich wäre sehr dankbar, wenn uns, ehe wir über den Beweisangebot Beschlüsse fassen, noch gewisse Erklärungen gegeben werden könnten. Der Vertreter der Reichsregierung hat mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers eine Erklärung abgegeben, in der Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Adolf Hitler abgestritten werden. Selbstverständlich gilt für uns der Grundtatbestand, daß an dem Wort eines Reichskanzlers ebensowenig wie an einem Kaiserwort zu zweifeln sei. Angesichts des Beweisangebotes wäre es doch sehr zu begrüßen, wenn ausdrücklich behauptet werden könnte, daß die Mitteilung, der Reichskanzler habe mit Hitler keinerlei Beziehungen getroffen, auch etwaige mittelbare Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler umfasse. Und ich hielt es ebenfalls für erwünscht, wenn ausdrücklich festgestellt werden könnte, daß die Erklärung auch bedeuten soll, daß solche Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler auch nicht stattgefunden haben, ehe Herr von Papen das Reichskanzleramt übernahm.“

Ministerialdirektor Brecht erhob sich nach diesen Erklärungen des Präsidenten Bumke und bat um die Feststellung, daß nach Ansicht des Staatsgerichtshofes an dem Wort eines preussischen Ministerpräsidenten und an dem Wort preussischer Staatsminister ebenso wenig zu zweifeln und zu zweifeln sei wie an den Worten des Reichskanzlers. Präsident Bumke erklärte darauf, nichts habe ihm ferner gelegen, als in dieser Beziehung eine Unterscheidung vorzunehmen. Im ganzen Prozeß sei doch zum Ausdruck gekommen, daß er die beiden Parteien vollkommen gleich behandle.

In der Donnerstag-Abend-Sitzung des Staatsgerichtshofes gab der deutsch-nationale Ministerialdirektor Gottscheiner bekannt, daß der Reichskanzler ihn telephonisch beauftragt habe, zu dem von dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes an ihn als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen folgendes zu erklären: „Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung vom 11. Oktober 1932 bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrag durch Mittelverhandlungen erfolgt und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler.“

Ministerialdirektor Dr. Brecht meinte, daß diese Erklärung des Reichskanzlers nicht in Widerspruch zu den preussischen Behauptungen zu stehen brauche. Näheres dazu behalte er sich vor.

Frage: Wie kann dann Hindenburg behaupten, daß Hitler die Toleration der Regierung Papen versprochen habe? Da muß doch was gewesen sein!

Was sie erstreben

Die Deutschnationalen erstreben das Dreiklassen-Wahlrecht und das Herrenhaus

In einer Deputationsitzung in Berlin-Charlottenburg, die sich mit der neuen Bezirksverfassung beschäftigte, erging sich der Führer der deutsch-nationalen Stadtverordnetenfraktion, Herr v. Jaskin, in hocherbornen Gedanken. Der Sozialdemokrat Czerninski hielt ihm entgegen, daß sein Gedankengang zurück zum Herrenhaus und zum Dreiklassenwahlrecht führe. Herr v. Jaskin rief darauf: „Das will ich auch.“

Die Herren halten es nicht mehr für nötig, ihre volksfeindlichen Pläne zu verbergen. Ganz offen bekennen sie sich zu den unwürdigen Unrechtsbestimmungen des alten Systems. Am 6. November haben die Wähler zu entscheiden, ob sie den Herren wieder das Heft in die heutzutage Hand geben oder ob sie sie endgültig zum Teufel jagen wollen.

Na, na! Wenn das man alles ist?

Von nationalsozialistischer Seite war behauptet worden, daß, falls der neue Reichstag den neuen Verfassungsentwurf nicht annehme, noch im gleichen Monat eine Nationalversammlung nach Potsdam einberufen werden müsse. Von zuständiger Seite wird hierzu erklärt, daß das Reichskabinett keinerlei Eventualbeschlüsse gefaßt habe. Es schweben auch keinerlei Pläne, die auf die von nationalsozialistischer Seite angegedeutete Richtung schließen ließen.

Papen geht ihnen noch nicht weit genug

Rechtspresse ermuntert Hindenburg zum Verfassungsrück

Die in München vor dem Industriellenklub von Herrn v. Papen angekündigte Rückkehr zum „heiligen Reich“ Bismarckscher Art, hat die Erregung des Auslands über die Zustände in Deutschland außerordentlich gesteigert! Scheitert hat diese Rede aber auch das Verlangen und den Appetit aller jener, die selbst einen Wilhelm II. als er noch das Zepter schwang, einen „Königsternen Jauderer“

Eignung



„Wejen Eignung — was sind die Neuen von Beruf?“
„Der eine ist Korpsbruder, der andere Better.“

genannt haben. Es waren die Leute um Oldenburg, Januszko, Claas und Tzipis und ihre Kreise, denen es der Hohenzoller erst am 31. Juli 1914 recht gemacht und die jetzt noch im September 1918 die Abjuration des preussischen Dreiklassenwahlrechts verhindert hatten. Dasselbe Kreise und dieselbe „Deutsche Zeitung“ wenden sich heute gegen den Jauderer Papen und verlangen von ihm, daß er so schnell als möglich „aufs Ganze“ gehe.

Wörtlich heißt es da: „Bei alledem bleibt auch nach der grundlegenden Münchener Rede des Reichskanzlers die Frage offen, ob die Regierung gewillt ist, aufs Ganze zu gehen. Wenn jetzt Herr von Papen seinen Verfassungsentwurf dem neuen Reichstag vorlegen will, so bedeutet das nur das Hinausschieben einer Entscheidung, die nun einmal unausweichlich ist und bleibt!“

Die Reform der Verfassung und des Reiches kann — das steht unter den obwaltenden Verhältnissen fest — nur auf dem Wege des Zwanges von oben, allenfalls gestützt durch die Länder über den Reichsrat, durchgeführt werden.

Weitere Versuche parlamentarischer Art würden — daran scheint nicht zu denken — denen recht geben, die sich auf die parlamentarischen Spielregeln berufen. Die Regierung Papen würde damit ihr eigentliches Daseinsrecht, das Recht der Tat, preisgeben. Uebrigens wird das Spiel mit der Auflösung bei zu häufiger Wiederholung bedenklich.

Wird Herr von Papen über die Schwelle gehen? Die sowohl Papen wie Hitler nahestehende „Berliner Bären-Zeitung“ fordert aber nicht nur den Reichskanzler zum Hochverrat auf. Dieses Blatt der Schwerindustrie und der Banken wagt sich bereits an den Reichspräsidenten und den berufsmäßigen Reichsindustriellen gibt das edle Kapitalistenorgan der Verfassung und den Pflichten ihres obersten Hüters den folgenden Sinn:

„Es mag bei dieser Gelegenheit einmal festgestellt werden, daß in jener Eidesformel an zweiter Stelle von dem Schutze der Verfassung die Rede ist, während an erster Stelle das Wohlwollen des Reichspräsidenten steht, dem deutschen Volke zu nützen und Schaden von ihm abzuwehren“. Unseres Erachtens handelt es sich hier um eine primäre Verpflichtung, während dem Schutze der Verfassung sekundäre Bedeutung zukommt, und es kann zweifellos Situationen geben, in denen das überragende Erfordernis, die Nation vor Schaden zu bewahren, es dem Reichspräsidenten geradezu zur Pflicht machen könnte, die Reform einer Verfassung zu ermöglichen, die dem deutschen Volke bisher nur Unheil gebracht hat.“

Und die Reichsregierung? Sie schweigt zu all diesen Anforderungen und Auslegungen, ebenso das Büro des Reichspräsidenten.

Kapituliert das Gericht vor der Gewalt?

Das Kammergericht Berlin verhandelte am Donnerstags die Schadenersatzklage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Jürgensen gegen den preussischen Fiskus. Das Urteil soll am 27. Oktober verkündet werden.

Am 25. Mai hatte die Naziaktion des Landtages die zahlenmäßige weit unterlegenen Kommunisten mit Stühlen und anderen Gegenständen aus dem Sitzungssaal gedrückt. Der völlig unbeteiligte Abgeordnete Jürgensen wurde dabei verletzt, daß er sich in das Krankenhaus transportiert werden mußte. Für den ihm durch die Verletzungen zugefügten Schaden macht er nun den Fiskus, in der Person des Landtagspräsidenten Kerl, haftbar. Er behauptet in seiner Klage, daß Kerl sich eine Pflichtverletzung als Beamter habe zuschulden kommen lassen, indem er selbst nicht die üblichen Maßnahmen getroffen habe, durch die den Vorfällen in der Sitzung vom 25. Mai hätte vorgebeugt werden können. Der Landtagspräsident Kerl habe außerdem auch verhindert, daß der Täter ermittelt werden konnte, indem er seinerseits keinen Schritt dazu unternommen habe. Der Präsident des Landtages sei Organ des Staates. Er habe im Landtag die Polizeigewalt. Er sei somit verantwortlich zu machen für den durch die Verletzung entstandenen Schaden. Die Gegenpartei hält diesen Ausführungen entgegen, daß eine Pflicht zur Ergreifung von Maßnahmen für den Landtagspräsidenten gar nicht vorliege.

Der Vorsitzende des Kammergerichts ließ während der Verhandlungen durchblicken, daß die Klage von Jürgensen auf juristisch schwachen Füßen stehe. In der heutigen Zeit habe die Politik und das Parlament einen Charakter angenommen, daß die Verwundung des Klägers als Betriebsunfall zu werten sei.

Nach unserer Ansicht sollten die deutschen Gerichte die berufene Stelle sein, die jene Herrschaften zurechtstutzt, deren einzige Aufgabe es seit Jahren gewesen ist, Versammlungen und Parlamente in Kassehemmen zu verwandeln. Das was der Kammergerichtspräsident als den heutigen Zustand der Politik bezeichnet, ist nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden, daß es zum Beispiel ein Richter und Reichskanzler Marx als „medios bezeichnete, einen politischen Verleumder vor das Gericht zu zitieren!“

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender
Berechtigte Uebersetzung
aus dem Spanischen von G. S. Krenndorff

84 (Nachdruck verboten)

Der Horizont ist nach Drius hin mit goldenen Streifen gesäumt, die wie eine Reihe elektrischer Lichtstrahlen in die Nacht hineinleuchten. Bianca erliegt fast der Müdigkeit und geht langsamer. Ein schwacher Blitz erhellt die Gegend und blendet den stehenden. Bei der spärlichen Helle erkennt er, daß die Ebene noch den gleichen Anblick bietet wie bei Tage. In weiter Ferne hellt leiser Donner. Er vertieft die Einsamkeit und läßt die Rede des Gefildes noch trostloser erscheinen. Grauenhafte Nacht tötet in Bianca alle übrigen Empfindungen; Hunger, Durst, Wundschmerzen schwinden; nur der Kopf brennt und fällt sich mit beunruhigenden, unbestimmten Eindrücken, unerklärlichen Geräuschen. Neuer Blitz und vereinzelte Schüsse; zwei Kugeln pfeifen über ihn hinweg. Bianca fürchtet die Blitze; er glaubt sich entdeckt und eilt nach rückwärts, schlägt eine andere Richtung ein und gelangt auf eine kleine Erhebung, wo er sich zu Boden wirft. Das Gewehr unter dem Leibe. Handrücken, Wangen, die nackten Füße — nur noch mit einer Alpagawolle — preisen sich an die Erde. Die erzwingene Reglosigkeit macht ihn ungeduldig. Seine Lippen berühren einen Stein, der unter jenem Atem erwarmt. Ehermalis hört er donnern; Tropfen fallen. In der Ebene wird es laut. Ganz nahe knallen Schüsse. Marokkaner! Das Feuer wird nicht erwidert. Er hört die Kugeln nicht; die Nacht fängt sie mit ihrem Mattemantel auf. Ein Tropfen fällt mit metallischem Klängen auf eine Blechbüchse neben Bianca. Wie Waldesrauschen dringt es in die Stille. Die ersten Tropfen hageln auf Bianca herab; er rollt sich zusammen, zittert; am liebsten gräbe er sich in die Erde. Irdisch-irdisches Schwebel über ihm, die tausend Augen der Nacht starrten ihn an. Wie ein entsetzter Zug zieht es auf seinem Rücken; das Wort „Sterben“ hämmert in seinem Hirn. Sterben, reglos daliegen wie die Toten und sich dem langen Zuge der „Unvergessenen“ anreihen, an die ja doch niemand denkt, und die jetzt in unheimlichen Wellen über ihn hinwegbrausen!

Der Reitertrupp von vorhin leitet in vollem Jagen zurück. Er widersteht sich überlegungslos der Verdrängung, ist, nachdem er die Befehle, durch tiefere Nacht. Im Fortschritt eines Bluges erscheinen die weitvorgezogenen Hüfte galoppierender

Pferde und, gleichmäßig gegliedert, starre Reitergestalten. Salbenfeuer! Einige fallen, die Läden schließen sich. Die tolle Jagd schließt die Gefreiten und tritt sie in den Sand. Hagere Gefährter mit hohen Totenaugen unter bloßem Schoß, Helm oder kurzgeformtem Schilde; die Männer selbst mit edigen Gliedmaßen und eingeklinkter Brust. Schattengestalten, schon in den Toren des Todes; Licht von Leben und Tag verblüht weit hinter ihnen; sie brauen durch die Nacht, allein gehalten von jener Dignität, die allen Glauben, alle Vernunft, alle Hoffnung widerlegt.

Nachgespenster brüllen auf, Höllenschrei, ohne daß kaum noch ein Schuß fruchtete, daß durch Finsternis, Messerschärfe, schrille Aufschreie. Die teuflischen Gezeiten jermolmen tote in Kalitoden und blauen Tschilabas. Reizen sie in in eine Patronentafel, so explodiert mit dampfem Knall ein Geschloß. Angschreie, Wutgeschreie, neue Aufschreie. Bianca schreit, daß sich alles das in ungefähr einem halben Kilometer Entfernung abspielt. Ein Blitz bestätigt es ihm; die Schwadron ist in voller Auflösung und flüchtet in wilder Unordnung. Ohne zu wissen, was er tut, hat Bianca dreimal auf Flüchtende geschossen, die die Dunkelheit blitzschnell verflüchtigt.

Ueber sich selbst entsetzt, erhebt er sich und eilt gedankenlos in der Richtung nach Drius weiter. Jetzt ruht seine Phantasie; seine Glieder gehören einem blinden Urtrieb. Er spürt, daß dunkle Gestalten hinter ihm her sind, daß ihn alles vorwärtspeitscht, daß die Ebene unter Donnererschlägen röhrt und zittert, und daß das Wasser, das vom Himmel kommt, den Erdboden schlammig macht und den kürzesten Weg, den er instinktiv eingeschlagen hat, beängstigend beengt. Er bleibt zweiten stehen; er ist dem Lager schon nähergekommen. Immerhin bleibt noch eine geräumige Strede, bis er endlich landen kann. Er muß noch den Fluß überqueren, der jetzt beinahe ausgetrocknet ist. Es ist die erste Strophe bis Liptina; nur mit übermenschenlicher Anstrengung wird er dies rückwärtige Lager vor Tagesanbruch erreichen können. Die leuchtenden Strahlen am Horizont sind erloschen, offenbar regnet es dort auch, aber das Gewitter, das so verzweiflungsvoll begonnen hatte, hat sich verzogen; es wird wieder heiter, und der Regen hört auf, kann das Wasser keinen erquickenden Hauch geschickt hat. Je näher er dem Lager kommt, desto zahlreicher werden die Toten. Ein Schatral springt auf und verflucht bei heulend mit unhörbaren Tritten. Witternagt ist vorüber, als Bianca auf gleicher Höhe mit dem Lager anlangt. Hier liegen die Gefallenen gruppen- und reihenweise beieinander. Zwei bis fünfzehn Mann, dasuz, waffenlos, mit seltsamen Binden an Kopf und Beinen. Oberkörper nackt oder mit Hemden spärlich bekleidet, ziehen zwei Geschütze bergauf, dem Lager

entgegen. Bianca liegt wieder am Boden, hält den Atem an und starrt wie gebannt auf die marokkanische Wache, die, Gewehr umgehängt, Geschütze und Schlepper umlämt.

„Vorwärts! Los!“ ruft ein Marokkaner, als er bemerkt, daß sie innehalten, und wirft mit Steinen nach ihnen. Sie schlagen hart auf dem Rücken der Gefangenen auf. Einer stürzt zu Boden. Ein anderer Marokkaner feuert nach ihren Füßen, nimmt sich aber in acht, sie zu treffen. Als er bemerkt, daß der Gestürzte nicht wieder aufsteht, schlägt er ihm mit dem Kolben über den Kopf. Die übrigen Gefangenen jenseit mit letzten Kräften die betheuten Geschütze weiter den Berg hinauf. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich das alles vollzieht, macht auf Bianca keinen Eindruck mehr. Das Ganze sieht wie ein kindliches Spiel aus, als ob hier ein paar Käfer gequält und verjüngelt werden, deren Leben keinen Wert hat. Es scheint ein ganz natürliches Geschehen; Bianca, der auf die Marokkaner hätte feuern können, hat sich es nicht getraut.

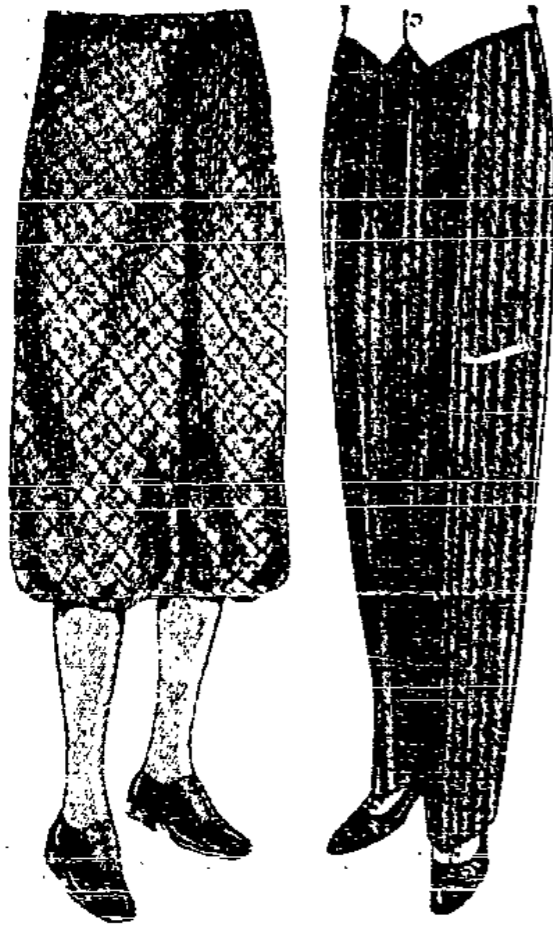
Als er sich wieder sicher glaubt, setzt er den Marsch fort und gleitet auf Steinwurfweite am Ball des Lagers vorbei. Er hat den Steinhag erklommen, über dem die Hochfläche mit dem Lager liegt; nun macht er einen großen Halm, um den Posten zu entgehen; die möglicherweise an der Hauptfront Wache halten. Auch hier liegen Gefallene in langen Reihen. Dann gelingt es ihm mit vieler Mühe, an den Ball heranzukommen. Er sucht einen Abstieg nach dem Wege, der nach der bequemsten, aber auch am härtesten bewachten Furt des Flusses führt. Bianca leidet darunter, daß er sich vorbeistehlen und vor den Posten in acht nehmen muß. Er flüchtet vor dem, was ihm einst Zuflucht und Schutz war.

Auf abfallendem Gelände kommt er schneller vorwärts; Kredenweise rennt er. Weit hinter ihm verlöschen schwache Blitze, die die Wollen halb erhellen. Schon ist er auf dem Wege nach Liptina, dem Lager, wo er nach dieser Nacht ankommen kann. Er sieht sich einen Augenblick erleichtert, aber diese Regung geht im Träumen neuer Gewehrklänge unter. Kriechend erreicht er einige abseitsliegende Felsblöcke. Andauerndes Geschloße zerflüchtet die dichten Wälder der nächtlichen Finsternis. Bianca spürt die Nähe eines Felswalles; er untersucht ihn rasch und entdeckt eine Höhlung darin. Sie kommt wie ein Geschenk des Himmels; er klettert sich an, wie ein Murm in ihr zu verschwinden. Die Schatten darin nehmen Körpergestalt an. Bianca unterdrückt einen Aufschrei. In der Höhe bewegt sich etwas, stürzt sich auf ihn, lange marokkanische Gewänder raufen auf. Bianca hebt das Gewehr und läßt es während herabfallen. Bajonett nicht nach. Der Gestoffene grunzt, weicht zurück und flücht: „Wilst du mein Geld, Vater?“

(Fortsetzung folgt.)

WERTHEIM

Billige Hosen-Tage



Gestreifte Hosen

dunkle Muster,
für StraÙe und Arbeit

1 45 2 90 4 90

Knickerbocker

lang geschnittene Form,
aus festgewebten, strapazierfähigen Stoffen,
mit doppeltem Gesäß

2 90 3 90 4 90

Schlesische Funkstunde
Konzerthaus
großer Saal
SONNABEND **15.** Oktob
1932
20 Uhr

HEIMAT in SCHLESIE

Chor- und Orchester-Konzert
Der schlesische Psalter — Das schlesische Jahr
Oberschlesische Tanzsuite
Schlesische Philharmonie, Funkchor und Solisten
Leitung: Dr. Edmund Nick
Karten zu 0.50 RM. bei Barasch, Hainauer, Hoppe, Wertheim

ATLANTIK

Gräbischer Straße 74 Tel. 585 08
Bis Donnerstag das Elite-Programm ohne gleichen!
Lillian Harvey + Hans Albers
stellen sich vor als das neueste Liebespaar
des Films in:

Quick

Ein Ufa-Tonfilm von Formatt!

Dazu:

Peter Voß, der Millionen-Dieb

in der Hauptrolle **Willy Forst**
Eine lustige Diebesjagd über Kontinente und Meere.
Ufa-Tonwoche

Anfangszeit: 4.40 Uhr — Letzte Vorstellung 9 Uhr.

Frad

Moanpl
nur
Blüher-
platz 20, 1.
Ede Ring, früher Karstr. 1.

Leihweife

Smoking, Gehrock, Anzüge
Klapphüte • Tel. 570 82

Nähmaschinen

prima, mit Garanti
jedermann, phoniat
Fabriklager-Auswe
mit Kästen RM 120
perfekt. RM 140
Schrank RM 170
Gewerben. Auch Teil
auf Tauschunterlag

Genossen! Ihr braucht Lampe

Kauft diese nur in dem Haus für Werkätige, das
Fahrradhaus SIEG, nur Neumarkt
Karbid-Lampen 2.—, 2.25, 2.50, 3.50
Elektr. Blenden einschl. 1.65, 1.95, 2.25 usw.
Kompl. Starklichtanlagen 7.65, 8.50, abblendbar 9.50,
mit 2 Birnen, Umschaltung 10.95—11.95
Extra große Blende, auch für Kleinraktrrad 12.50—
Decken 0.85, 1.20, 1.50, 1.95
Fahrräder ab Mk. 36.— kompl. mit Rücktrittlauf u. Zah
Weitere Teile billig!
Deckt Euren Bedarf nur bei Eurogleichen
Genossen und Organisationsangehörige mit Ausweis
5 Prozent Sonder-Rabatt!



TAUBENTZEN THEATER

Heute! Die aufsehenerregende Heute!
Premiere!
über die brennendste Frage unserer jungen Generation:
Liebe · Unerfahrenheit · Irrungen
Karin Hardt
der unvergleichliche neue Filmstar



Alle Otho, Hellmuth Klooska
Regie: Erich Waschneck

Was wir von unseren Töchtern wissen
sollten, sagt uns dieser Film!

Vorst. 5, 7, 9 So. 5, 7, 9 Uhr Vorverkauf bei Wertheim
Für Jugendliche verboten!

Ihr T-T erwartet Sie!

STADTHEATER

Freitag, 20 bis gegen 28
Abonnementsvorstellung C 4
Der fliegende Holländer
Sonntag, 19.30 bis geg. 23
Der Teufelsreiter
Sonntag, 11.30 bis nach 13

Matinee
des Vereins Opernhilfe
15 bis gegen 18
Der Teufelsreiter
19.30 bis gegen 23
Der Teufelsreiter

LOBETHEATER
Freitag 20.15 bis 22.40
Sonntag 15.30 bis 17.50
Die endlose Straße

Sonntag, 20.15 (u. tägl.)
Uraufführung!
Gladius
Schauspiel von Julius Hän

GERHART-HAUPTMANN
FREISPIEL
Freitag 20.15 bis 22
Sonntag 15.30 bis 17.15
Der Zeffireo

Sonntag, 20.15 (u. tägl.)
Zum 1. Male!
Meine Schwester u. ich
Lustspiel
von Bert und Berneuil
Musik von Ralph Benatzky

SCHAUSPIELHAUS
OPERETTENTHEATER
Seute lechter Tag!
16.30 und 20.15 Uhr:
Giordasfürstin

nam. 30, — 1.25
abends: 2.50
Bordert: Barasch, Wertheim.
Theaterkasse: Telefon: 63 (N)
Sonntag nam. Abendpreise.
Morgen 16.30 und 20.15 Uhr
Zum 1. Male:
Der fidele Bauer

ASTORIA-PALAST
Fürstenstraße 52
Lachen ist diese Woche
die Parole:

Das Millionenfestament
Eine lustige abenteuerliche
Jagd nach einer großen
Erbeschaft. Bombenroß!
Joh. Hermann
Charlotte Andor

Ein französisches Lustspiel
Wal er
Janston César
Kartwein
Ursula
Gräbly Olga
Tschubert

in
**Gefahr für
einen Tag**
Tonspiel nach „Das
Konzert“ von Herzs. Behr

W. 1. So 3. Letzte Vorstellung
8. Woche
Der große Verbrechen
der Enkel & Cie. AG.
WELTBÜHNE
Friedrich-Wilh.-Str. 35

Auktion

Berlängerung bis 18. Oktober
Reihhaus O. Hickmann
Matthiasstraße 113

Die auf Unwahrheit beruh. Ver-
leumdungen gegen die Fleischer-
meister Heinrich Krause'schen
Eheleute, Schützenstraße 91,
nehme ich nach schiedsmänn.
Verpflichtung zu. letzte Auktion.
ANNA ROSSO, Anderssenstr. 5

Büchse-Ritterjohanne
Jerglb. 160 u. 180 br., v. 7a W.,
2 Bst. f. fpl. 11. W., 2 Näh-
maschine 25 W., all. neu. Stuhl, pol.
et. Reih. f. fpl. 78 a. Lehm.

Schlafzimmer
neu, Fische
mit Nußb.,
vollst. kompl. **RM 485.-**
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, 1.
(neben Capitol)

Zentral

Theater - Westendstr. 10
Bis Donnerstag, den 20. Oktober
Das neue, reizende und beglückende Tonlustspiel
der Ufa!

Käthe von Nagy - Wolf Albach-Reilly in
Das schöne Abenteuer
(„Ins blaue Leben wandern wir ein kleines Stück“)
mit Olga Wallburg, Adele Sandrock, Alfred Abel, Ida Wurt
Ein Dreiklang des Frühlings, der Liebe u. des Glücks.
Fern: Der anerkannt beste deutsche Spielfilm:
Menschen am Sonntag
Ein Film aus dem Leben.
Ufa-Wochenchau! Volles Orchester
Auf der Bühne: Das glänzende Varieté-Programm.

Die weltberühmten **3 Plazettis**
Kunst und Humor auf Redern.
3 Plazettis
Gymnastische Extravaganzen in der Luft.
Beginn tägl. 4.30 - Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

Proletarier!

Beseitigt die Modernisse des
Sprachschranken! Lernet die
Weltsprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Gelegenheitsposten

Strümpfe u. Trikotagen

cs. 2000 Paar verschied. Socken 24 ♂ Vigogne, Stück- und Schweiß-, Paar 45, 30	2 Posten relativlose Stricksocken 58 ♂ 2x2 gestrickt, extra schwer, 70 Pl., schwer
1500 Paar 1x1 gestrickte Frauen-Strümpfe 48 ♂ nur schwarz, alles verstärkt.	Echt Mako- Damen-Strümpfe 45 ♂ alle Farben, Doppel- schle und Ferse . . .
Damenstrümpfe 88 ♂ Fier mit Kunstseide plattiert, moderne Herbstfarben . . . Paar	Kinderstrümpfe 25 ♂ 1x1 gestrickt, Baumwolle farbig und schwarz, Gr. 1 Steigerung pro Gr. 5 Pl.
Herrnen- Futterhosen 95 ♂ darunt. schwere Qualität. 1.70, 1.40	Wollmisch Herren- Normalhosen 95 ♂ 1.45 und
Kleine Posten Herren- Plüschhosen 1 95 ♂ darunter auch Extra- Weiten, zum Ausschuchen, durchweg Paar	2 Posten Damen-Schlüpfer 78 ♂ warme Winterqual., Paar 95



Goldene Drahtringe

Stadtbekannt billigste Preise
Größtes Lager auch in
Lüben und anderen Gemüth-Orten

Für streng reelle Bedienung bürgt
das 48 jährige Bestehen meiner Firma
Albert Möwius Tel. 274

Gegründet 1886 Schmiedebrücke
Nichtung! Mein Geschäft befindet
nur in der Schmiedebrücke

Alles was Sie brauchen an
Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen
kaufen Sie am besten bei
Walter Neusey, Neumarkt

Spottbillige Angebote

Große Posten
Herren-Anzüge, Ulster u. Paletots
werden zu Preisen verschleudert, über die
Breslau staunen muß!

Aus eigener Anfertigung
Herren-Anzüge **12** ♂
Herren-Ulster **13** ♂
Paletot schwarz und marengo. . . **17** ♂
Knaben-Mäntel aus Resten, weit unter Preis
Knickerbocker **2** ♂

Cheimowitz
Teichstr. Nr. 27 • Kein Laden

Das letztmal

2 Millionen RM
Höchstgewinn!
Preußisch-Südd.

Klassenlotterie

Ziehung d. 1. Klasse
21. u. 22. Oktober 32

Preise der Lose für
jede Klasse

1/8	1/4	1/2	1/1	Doppellos
5.-	10.-	20.-	40.-	80.- RM

Bestellen Sie Ihr Los
bald bei mir!
Bezahlung hat Zeit
bis 20. Oktober 1932

Ludwig

Breslau 1, Ring 22, gegenüber
Schweidnitzer Keller
Postscheck: Breslau L-Konto 574 33

Frankreich in Afrika

Das verwandelte Marokko - Schicksale im Meer der Heimatlosen

Das nordafrikanische Marokko war eines der letzten Gebiete schwarzen Erdteils, das dem europäischen Imperialismus zum Opfer fiel. Lange konnten sich die Großmächte über seinen Besitz nicht einig werden, bis England und Frankreich die letzten beiden einander aufteilten, während Deutschland trotz aller Anstrengungen und Schaustellungen des letzten Kaisers leer ausging.

Seit 1912 ist das Scherifenreich ein französisches Protektorat geworden, dessen Gouverneur unter den Kanonen der schiffenden Kriegsschiffe in der atlantischen Hafenstadt Rabat seinen Wohnsitz hat. Im Innern des Landes, in der alten Hauptstadt Fes wurde am 30. März 1912 der Vertrag mit dem Sultan unterzeichnet. In Marokko brachen Unruhen aus, die eingeborenen Soldaten und darauf brachen Unruhen aus, die eingeborenen Soldaten und darauf brachen Unruhen aus, die eingeborenen Soldaten...

Arbeiter und Großverdiener

Im letzten Jahrzehnt haben die Franzosen koloniale Aufarbeit in Marokko geleistet. Den Grundstock bildete der große Eisenbahn- und Landstraßenbau. Die durchzieht ein ausgedehntes Netz bester Teerstraßen Gebirge und Ebene vom Mittelmeer bis zum Atlantischen Ozean. Auch Eisenbahn mit internationaler Spurweite ist bis auf ein Stück zwischen Guech und Fes fertiggestellt. Die Bahnhöfe sind sauber, groß und modern.

Eingeborene und Fremdenlegionäre mühten freilich für diese Aufarbeiten das Menschenmaterial stellen, während französische Ingenieure die Gewinne einstekteten. Mit dieser verkehrsmässigen Erhebung des Landes kamen Spekulationen und abenteuerlustige Abenteuerherren herein mit dem Erfolg, daß bereits 1928 der Gesamtumsatz Marokkos das Zweifelhundertfache vom Jahre 1912 betrug.

Aber die Krise ist auch schon da!

Dieses wahrhaft amerikanische Tempo findet auch im äußeren Verhalten seinen Niederschlag: Alles ist neu, unerfährig und für wachsende Bedürfnisse eingerichtet. Besonders in den Hafenstädten ist die Produktion überfordert, daß man dort auch schon die Krise spüren bekommt. In Casablanca wurden Lagerhallen, Getreidemüllerei und Phosphatpfeiler im neuesten Stil gebaut. Während aber eine lange Reihe modernster, elektrischer Drehmaschinen still steht, stehen Negar und Araber unter der Last. Die Maschinen sind billiger als die Arbeiter... Man durch das Europaerprivileg, das außerhalb der alten Kolonialstädte aus dem Boden gestampft worden ist, so liegt man an den neuen, zehnstöckigen Häusern breite Schilde: a lower...

Marokko bietet an sich noch weite Entwicklungsmöglichkeiten. Reiche Mineralvorkommen warten auf ihre Ausbeutung; Land, das durch künstliche Bewässerung zu fruchtbaren Gärten gemacht werden könnte, ist noch genug vorhanden. Schon haben sich viele europäische Farmer niedergelassen, unter ihnen neben den Franzosen viele Spanier und - ehemalige deutsche Legionäre.

Der letzte Wesp

Wie steht es überhaupt um die französische Fremdenlegion? Werden ihre Soldaten beschäftigt? Ist der Andrang groß? Früher galt die französische Fremdenlegion als Zufluchtsort aller gestrandeten Existenzen. Beim Eintritt in die Legion wurde niemand viel über die Vergangenheit gefragt, und nur die Polizeikommissare, besonders gefährliche Schwerverbrecher fanden, wurde die Auslieferung vorgenommen. Danach wurde er gerade unter den Deutschen auch viele, die in Nordafrika Abenteuer und romantische Erlebnisse suchten. Landsknechts wurden gegen den Krieg selbst unter den wahnsinnigsten Umgebungen einem bürgerlichen Dasein vor. Aber unter allen, so in die verabschiedete Armee der Welt einzogen, gab es einen, der nachher nicht schmachlich enttäuscht worden wäre.

SA-Mann als Familienvater

Unter dem dringenden Verdacht eines schrecklichen Verbrechens ist in Frankfurt a. M. ein SA-Mann verhaftet worden. Dem 29-jährigen Heizer Hans Ganien wird vorgeworfen, daß er sein neugeborenes Kind ermordet hat. In der Nacht zum 3. Oktober gebar seine Frau ihr zweites Kind, das eine Weile gelebt und geschrien hat, dann aber tot aufgefunden wurde. Der Vater des Säuglings wird beschuldigt, dem Kinde zwei Finger in den Mund gesteckt und es auf diese Weise gewalttätig getötet zu haben. Die Obduktion ergab, daß die Leiche zwei schwere Verletzungen im Kragen erlitten, die den Tod des Kindes zur Folge hatten.

Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich naturgemäß auf die Mutter. Die Mutter liegt seitdem im Krankenhaus. Ganien bekennt seine Schuld und behauptet, daß er gar nicht gewußt habe, daß sich seine Frau in anderen Umständen befand. Als er gegenstand, habe sich vor dem Bett seiner Frau eine große Schlange befunden. Als er die Frau betragte, habe sie ihn geantwortet, daß sich bei ihr die üblichen Blutungen eingestellt hätten. Nach dem Sektionsbefund ergeben hat, daß das Kind erstickt hat und da der Vater im selben Zimmer wie seine Frau schlief, so erschienen die Angaben des Vaters wenig glaubhaft. Ganien, der als Heizer im Frankfurter Flughafen durch seine Verdienste von 20 und mehr wöchentlichen Überstunden einen Gehaltsdienst von 69 bis 70 Mark hatte, ist der Nationalsozialistischen Partei nach ihrem Wahlerfolg im September 1930 beigetreten. Als SA-Mann trat er seit dem Frühjahr d. J. in die Partei ein.

Proleton

Ab Freitag, den 14. Oktober, bis Donnerstag
Seder muß lachen!
Felix Bressart, neueste Filmfigur:
Holzapfel - weiß alles
Und Käte v. Nagy, Heinz Rühmann
Meine Frau -
die Hochsteplekin
Neueste Wochenschau!
Sonntag nachm. 1/3 Uhr: Gr. Kindervorstellung

Härtester Dienst, geringe Entlohnung und die alte Verachtung von Eingeborenen und Europäern liehen ihnen die Augen darüber aufgehen, was sie in Wirklichkeit waren: billiges Kanonenfutter für einen Kolonialimperialismus, der seine eigene Bevölkerung vor diesem Martyrium bewahren wollte.

Söldner des Kolonialkrieges

Als Frankreich im Jahre 1830 die Fremdenlegion gründete, fanden erbitterte Kämpfe in Algier bevor. Aber auch bei der Niederwerfung der Eingeborenen in allen anderen Kolonien Frankreichs: in Syrien, in Hinterindien, ja sogar im Krimkrieg wurden die Legionäre eingesetzt. Heute stehen die Legionstruppen insbesondere in dem französischen Protektoratsgebiet Marokkos, wo noch immer gegen aufständische Gebirgsstämme gekämpft wird. Im Kampf werden jedoch vor den Legionären jeweils Partisanen eingesetzt: freiwillige, gegen Tageslohnung angeheuerte Eingeborene.

Trotzdem die Legionsarmee heute für die Zwecke des Kolonialimperialismus genau so wichtig wie früher ist, scheint es zur Zeit fast unmöglich, sich anwerben zu lassen. Es melden sich Freiwillige im Ueberflut. Die Wirtschaftskrise und die entsetzliche Not der Arbeitslosen in allen Ländern ließ den Andrang so groß werden, daß die Kandidaten auf den Anwerbestellen härtestens geprüft werden.

Freilich sollen sich die Verhältnisse bei der Legion gegen früher auch gebessert haben. Nach dem, was ich in ungeliebten Unterredungen an Ort und Stelle von deutschen Legionären erfahren konnte, ist der Dienst auf den Regimentsstationen nicht allzu schwer. Die Verpflegung ist im allgemeinen gut, die Wohnung nach längerer Dienstzeit für bescheidene Ansprüche ausreichend. Am stärksten wirkt in diesen Zeiten der allgemeinen Unsicherheit der Anreiz der Pension oder einer Staatsstellung nach fünfzehn Jahren Dienstzeit.

Zehntausend ...

Beim Ausrücken in die Kampfzone bleiben oft die unmenschlichsten Strapazen zu überwinden, ein Menschenleben ist dann nicht mehr allzuviel wert. Und wenn auch nicht gerade gerechtfertigter Krieg mit den Eingeborenen heißt, so sind doch häufige Ueberfälle, bei denen Mann gegen Mann auf Leben oder Tod kämpfen muß, häufig genug. Selbst beim Straßen- oder Eisenbahnbau besteht noch diese Gefahr. Gehen die Legionäre im Kriege als billiges Kanonenfutter, so sollen sie hierbei wohlfeile Arbeitsträger sein. Um während dieser natürlich sehr verhassten Zwangsarbeit die Disziplin aufrecht zu erhalten, gibt es auch heute noch ein entsetzliches Strafsystem, dessen schlimmste Bestimmung die Verlängerung der Dienstzeit unter den alten Bedingungen ist. Desertion wird bei der vierten Wiederholung vom Kriegsgericht abgeurteilt.

Es ist gewiß ein schlimmes Zeichen der Zeit, wenn trotzdem die deutschen Legionäre, von denen es allein in Marokko etwa

10 000 gibt, im allgemeinen mit ihrem Los zufrieden sind. Immer wieder hört man von ihnen: „Unsere Brüder und Bekannten sind alle arbeitslos, da wollen wir lieber noch hierbleiben.“

Cechini-Antrag

Im Locarneschen Vertrag gegen den Italiener Luigi Cechini, der der Erziehung seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Gwa, geborene Koppel, beschuldigt wird, beantragte der Staatsanwalt lebenslangliches Zuchthaus für den Fall, daß die Geschworenen die Frage auf vorläufigen Mord bejahen. Sollten die Geschworenen sich für Todschlag aussprechen, so soll Cechini nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 21 Jahren Zuchthaus verurteilt werden.

Ein Zeuge aus Deutschland, ein Ingenieur Bek, verlangte für sein Auftreten vor Gericht eine hohe Entschädigung „für entgangenen Verdienst“, außerdem beschimpfte er in einem Brief die Familie der Ermordeten. Das Gericht verzichtete auf den Zeugen.

Torsten Kreuzer verhaftet

Generalkonjul Torsten Kreuzer ist gestern in Stockholm auf Grund polizeilicher Feststellungen über die Buchführungsmethoden der zum Kreuzer-Konzern gehörenden Gesellschaft Höpffers Industri AG. in Polizeigewahrsam genommen worden.

Der Schneider von Endingen

Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat nunmehr gegen den Schneider Karl Ignaz Hummel, der monatelang zur Verblüffung der Öffentlichkeit den Endinger Heimlehrer Oskar Daubmann gekipelt hat, Haftbefehl erlassen. Die Verhandlung gegen Hummel findet voraussichtlich vor der Freiburger Großen Strafkammer statt. Die Eltern des echten im Weltkrieg gefallenen Daubmann haben auf Veranlassung des Bürgermeisters von Endingen die Sperrung von Hummels Bankkonto, das sich zurzeit seiner Teilnahme noch auf 50 Mark belief, verfügt, zumal sie bisher noch keinerlei Gewinn durch die Heimkehr ihres „Sohnes“ hatten: Hummel irrte die Verdienste durch Zeitungsveröffentlichungen und Vorträge ein. Vater Daubmann aber erhielt die Rechnungen der Kaufleute, bei denen der „Sohn“ sich hatte neu einkleiden lassen.

Die in der Schweiz angelegten Nachforschungen haben ergeben, daß der Schwindler Ignaz Hummel von 1924 bis 1927 in der Schweiz im Zuchthaus gesessen hat.

Im September 1923 hat Hummel zwei schwere Einbrüche in Basel verübt, einen in eine Filiale des Allgemeinen Konsumvereins, bei dem er für 233 Franken Lebensmittel entwendete, die über die badisch-schweizerische Grenze verschleppt wurden. Den zweiten Einbruch unternahm Hummel mit zwei Helfern in eine Villa, deren Besitzer verheiratet war. Die Spitzbuben richteten sich mehrere Tage in der Villa häuslich ein und schafften Silberzeug, Wäsche, Kleidungsstücke und Schmuckgegenstände im Werte von 3500 Franken ebenfalls über die Grenze nach Baden. Im letzten Augenblick wurden sie von der Polizei erwischt und verhaftet.

Hummel erhielt damals außer der Zuchthausstrafe auch sechs Jahre Landesverweisung.

Die neudeutsche Dummheit im Bilde

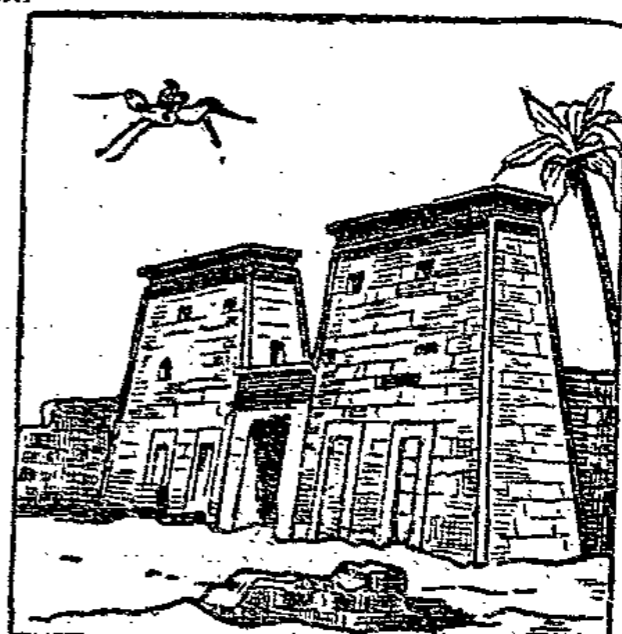


„Oskar Daubmann“, der jetzt als Schwindler entlarvt wurde und in Wirklichkeit ein Schneider Hummel aus Offenburg in Baden ist, wurde von Nazis und Deutschnationalen allerorts als Märtyrer gefeiert, so auch beim Regimentsstag des Reserve-Infanterie-Regiments 111 in Karlsruhe, wo unsere Aufnahme Kreise in Deutschland zu beleuchten.

gemacht wurde. „Daubmann“ (mit Blumenstrauß) stand auch hier im Mittelpunkt der Ehrungen. Schürer Voigt als „Hauptmann von Köpenick“ und Schneider Hummel als „letzte Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft“ werden fortan in einem Zuge zu nennen sein, wenn es gilt die Dummheit der „nationalen Kreise“ in Deutschland zu beleuchten.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Rotman



73. Und zu ausruhend erreichten sie nach einigen Tagen Ägypten. Sie sahen die Pyramiden - die Gräber der alten Pharaonen - und die Sphingen; und hier war auch der Nil mit seinen Lotus- und Papyruspflanzen. Hunderte Vögel waren schon da: die Flamingos mit ihren langen Beinen, die Kraniche und die Reiher. Auf immer der Sphingen ruhten sie aus, und dann flogen sie weiter, immer beim Nil folgend.

74. Immer mehr nach dem Süden ging's, über die Jahrhunderte alten Ruinen der ägyptischen Tempel, die da schon so lange standen. Ab und zu ließ sich der Storch nieder, um ein Fischchen zu fangen oder um Nahrung zu suchen für seine kleinen Kinder. Pflichtig rief der Storch freudig: „Da, alte Freunde!“ und lag nieder zu zwei Perlfischen, die am Wasser ihre Mahlzeit nahmen.

Münchener Kuriositäten

Papens Sozialpolitik

Die Regierung der Barone hält sich selbst für eine sehr stark...

Der Kanzler begnügte sich, kurz und schnurz einfach wieder einmal die Schlagworte der...

Im wesentlichen machte er nur einen Versuch, seine Behauptung, der „Vorsorgungsstaat“ oder — wie er sich jetzt auszudrücken beliebt — der „Versorgungsstaat“ schwäche die moralischen...

Ein grandioser Unfuss! Der „Versorgungsstaat“ soll die Arbeitgeber unsozial gemacht haben! Die braven Arbeitgeber nur durch ein Uebermaß an Fürsorge des Staates für die...

Auch der Arbeitgeber ist nur ein Mensch. Auch bei ihm hört am Geldbeutel die Freundschaft auf. Wenn er zum Beispiel in seinem Betrieb festgestellt hat, daß die Aufträge abnehmen, oder daß er mit mehr Maschinen und weniger Arbeitskräften mehr Profit erzielt, dann wird er eben Arbeiter entlassen. Er wird sie vielleicht mit...

Muß man aber wirklich auch noch einen deutschen Reichskanzler darauf aufmerksam machen, daß es Länder gibt, die keine Arbeitslosenversicherung und doch fürchtbare Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten — die Arbeitslosenziffer beträgt drüben mehr als 12 Millionen — auch von der Einführung der Arbeitslosenversicherung? Drüben gab es keinen Versorgungsstaat. In Deutschland haben die Arbeitgeber, deren Privatinitiative Herr von Papen neu beleben will, stets diesen Mangel als Vorzug Amerikas gerühmt.

Der Marxismus soll an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen schuld sein, weil er planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zerrütet habe. Der Reichskanzler scheint die zahllosen Erörterungen über die Ursachen der Krise der Sozialversicherung, die in den letzten zwei Jahren geführt wurden, verschlafen zu haben. Die Krise der Sozialversicherung ist eine Folge der Wirtschaftskrise und nicht der sozialen Lasten. Weil die Beitragseinnahmen in-

folge der Arbeitslosigkeit zusammenschumpfen und die Ausgaben — zum Teil wiederum infolge der Arbeitslosigkeit anormal steigen, kamen die einzelnen Zweige der Sozialversicherung finanziell ins Gebränge.

An die Stelle einer „staatlich reglementierten Fürsorge“ will Papen eine „wahre christliche Volksgemeinschaft“ setzen. Wir haben nichts dagegen.

Einstweilen ist aber diese christliche Volksgemeinschaft noch nicht da. Einstweilen ist der Kapitalismus da, und weil der da ist, kommen wir ohne staatlich reglementierte Fürsorge nicht aus. Einstweilen muß

Nur so weiter, wir quittieren am 6. November

Berliner Polizeipräsident verbietet die Beamtenezeitung des Gesamtverbandes

Der Polizeipräsident von Berlin hat das Beamtensorgan des Gesamtverbandes „Die Gewerkschaft“ bis zum 25. Oktober verboten. Das Verbot wird begründet mit Ausführungen, die sich gegen die Regierung Papen richten. Angewiesen werden Schriftsätze, in denen der Regierung Papen-Schleiser-Gaul vorgeworfen wird, sie lege willkürlich Beamten ab und lege sich über Verfassung und Recht hinweg.

Nach dem Verbot der „Buchbinderezeitung“ ein Verbot der „Gewerkschaft“. Nach 50 Jahren also wieder Verbote der Gewerkschaftspressen! Damals hatten diese Verbote noch einen Sinn. Die Gewerkschaften waren klein und stellten noch in den Anfängen. Damals bestand noch die Mäßigkeit, die Saat der Gewerkschaftspressen zu erzampeln. Aber heute? Der Polizeipräsident von Berlin kann ebenso dem Winde verbieten, zu wehen. Der Wind wird doch wehen, stärker und stärker, bis eines Tages der Sturm die stärksten Leute weglegen wird.

Morgen wird beraten

Über die Mitberatung der Notverordnung für Arbeitslose und Rentner

Am Sonnabend wird das Reichsarbeitsministerium die Pläne der Reichsregierung zur Mitberatung der durch die Notverordnung erfolgten Kürzungen in der Rentenversicherung mit den Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der sonst noch in Frage kommenden Organisationen besprechen. Das Reichsarbeitsministerium betont in der Einleitung, daß die gespannte Lage der Sozialversicherungszweige

selbst die Regierung der Barone wohl aber übel noch mit dieser staatlich reglementierten Fürsorge auskommen verlaufen.

Herr von Papen hat ja in München nun ebenfalls wie schon Wochen der Reichsarbeitsminister auf dem Kongress der sozialen Gewerkschaften erklärt — wie oft werden wir es vor Wahlen noch zu hören bekommen — daß die Arbeitslosenentlastungsmaßnahmen wieder etwas erhöht werden sollen und daß in der Kranken- wie in der Rentenversicherung die durch Notverordnungen geschaffenen Härten des Leistungsabbaus gemildert werden. Wenn diese Milderungen nur ein wenig einmal kämen! Doch sind sie nur versprochen, noch wenig Milderung auf der ganzen Linie? Sie wäre dringend wünschenswert. Wir glauben aber nicht recht daran, und wir hören auch einigen Grund, zu misstrauen. Immer wieder hört man davon reden, daß wahrscheinlich nur in der Angelegenheitenrentenversicherung, nicht aber in der Invalidenversicherung, Härten gemildert werden sollen, weil das zu viel Kosten verursache. Eine solche unterschiedliche Behandlung würde unserem Dastehen sehr wenig zu dem schönen Ideal von „wahren christlichen Volksgemeinschaft“ passen.

nach wie vor berücksichtigt werden müsse. Man hoffe jedoch, keine von Entlassungen sobald als möglich in Kraft treten zu lassen.

Dieser Hinweis sagt deutlich genug, daß man sich von der Milderung keine übertriebenen Vorstellungen machen soll. In ihrem Umfang werden in der Presse bereits allerhand Mitteilungen gemacht. Bisher wurde leider nichts darüber bekannt, ob der Reichsarbeitsminister selbst den Versuch unternommen hat, einmal nach den Bedingungen zu leben, wie sie die Notverordnung den Arbeitslosen und Rentnern auferlegt. Das nämlich ein sehr wirksames Mittel zur Feststellung jener Grenzen des Hungertods vom Leben scheidet. Aber vielleicht nimmt man bei den Beratungen die täglich sich erhöhenden Selbstmordopfer zu Hilfe, um eine Vorstellung davon zu gewinnen, was dieses „Meisterwerk“ einer Notverordnung der Papen-Regierung eigentlich bedeutet. Bis zur Stunde hat man innerhalb des Reichs das Volk täglich neu „beglückend“ mit der Regierung, nämlich keine Ahnung.

Notverordnung und Seeschifffahrt

Im Reichsarbeitsministerium wird heute den Kezern und den Gewerkschaften über die Anwendung der Notverordnung in der Seeschifffahrt verhandelt. Die Unternehmer wollen Sonderbestimmungen — auf dem Sonderortsteile

In der Zigarrenindustrie soll bei Neueinstellung keine Lohnsenkung erfolgen, weil der im Juli abgeschlossene neue Tarifvertrag bereits eine allgemeine Senkung brachte. Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller hat eine entsprechende Empfehlung bereits an seine Mitglieder herausgegeben.

Krach in der deutschen Beamtenebewegung

Seit einigen Monaten spielen sich im Deutschen Beamtenebund, der Spitzenorganisation der Beamteneverbände mit insgesamt mehr als einer Million Mitgliedern, Vorgänge ab, die in der Öffentlichkeit bisher sehr wenig Beachtung gefunden haben. Es handelt sich dabei, wie schon einmal in den ersten Jahren nach der Vereinigung der Beamtengruppen im DBB, um parteipolitische Gegensätze, die nach durch die neue Beamtenepolitik der Reichsregierung und der kommissarischen Preußenregierung wesentlich verschärft worden sind. Den ersten Anlaß zum offenen Streit gab die Forderung, daß die Leitung des DBB keine eindeutige Stellung zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr bezog und sich nicht an der gemeinschaftlichen Propaganda für die Hindenburg-Kandidatur beteiligte. Es war dies eine Folge der Bestrebungen rechtsgerichteter Beamteneverbände, die dem Beamtenebund angehören und die Bundesführung entgegen beeinflussen konnten, daß sich eine Stellungnahme zu politischen Wahlen mit der „parteilichen Neutralität“ des Bundes nicht vereinbaren lasse. Demgegenüber erklärten sich die republikanischen Organisationen, die die Mehrheit der im Bund vereinigten Mitglieder vertreten, gegen diese Art der „Neutralitäts-

wahrung“ und forderten eine Revision der Bundespolitik. Die verstärkte Widerstand der linksgerichteten Organisationen bewirkte tatsächlich, daß sich der Beamtenebund an der Erklärung der gemeinschaftlichen Spitzenverbände zu den Preußen-Gründungen am 20. Juli beteiligte. Wiederum gab dieser neue Schritt Bundesleitung Anlaß zur Konfliktschärfung, denn die rechtsgerichteten Verbände protestierten dagegen. Der Verein der Beamten der höheren Reichsbehörden erklärte kurz darauf seinen Austritt aus dem DBB, um sich, wie es hieß, einer „nationalen neutralen Beamteneorganisation anschließen zu können“, während andere, wie der Bund technischer Zollbeamten, nur mit der Kündigung ihres Verhältnisses zur Spitzenorganisation drückten.

Die weitere Verschärfung der politischen Situation, besonders das Bekanntwerden von Tendenzen zu einem Koalitionsverbot für Beamten, die in Regierungskreisen bestehen, gab dem Streit erneut Nahrung. Die rechtsgerichteten Verbände erheben Anspruch auf eine Art Hegemonie im DBB und verlangen eine ihnen genehme Befestigung der Bundesleitung. Demgegenüber bekämpfen sich die Widerstandsabsichten bei anderen Organisationen, die in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamteneverbände im DBB vereinigt sind. Diese Arbeitsgemeinschaft strebt eine verstärkte Abgrenzung der republikanischen Verbände an als Antwort auf die Zusammenstöße der Organisationen der gehobenen mittleren Beamten und gibt neuerdings eigens zu dem Zweck eine besondere Monatschrift („Die Deutsche Beamtene-Rundschau“) heraus.

Führend in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft ist der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten mit 150.000 Mitgliedern. Auf seinem Verbandstag, der am 21. September in Berlin stattfand, kamen die wirklichen Ursachen des Streits im DBB zur Sprache. Es geht um die Verteilung der Hintergründe des Konflikts im DBB, scheinbar scheinbar ins Schwärze zu treffen — um die Verschärfung sozialer Unterschiede in der Stellung der gehobenen sogenannten kleinen Beamten. Die Verbände der unteren Beamten streben schon allein aus der sozialen Herkunft und proletarischen Lebenshaltung ihrer Mitglieder heraus, die Beamtenepolitik mit den Arbeiter- und Angestelltenverbänden und forderten ein klares Bekenntnis zum demokratischen Staat, denn nur in einer demokratischen Ordnung ist auch jenes Mindestmaß von Mitbestimmung gesichert, auf das sie nicht Verzicht leisten wollen. Die Verbände der unteren Beamten haben diesen Anspruch bereits in der Vergangenheit geltend gemacht. Dieser Anspruch wurde ihnen aber jetzt von den gehobenen Beamten — abgesehen von einigen Ausnahmen — verweigert. Die rechtsgerichteten Beamtenekreise hätten nur dann an einer Zusammenarbeit mit den unteren Beamtengruppen Interesse gehabt und sich auf kollegialen Wege mit ihnen verständigen gelacht, solange der Einfluß der republikanischen Kreise herrschend war und damit Hoffnungen verschiedener Verbände werden konnten. Die Mehrheit der im DBB organisierten Beamten werde sich gegen die vorläufigen Beschlüsse nach unten entscheiden zur Wehr setzen. Nach allem wird der beinahe hoffnungslos erscheinende DBB, besondere Bedeutung beigemessen.

Kaliforniergelber

Nationale Sauberkeit

Die Grüne Front der Bestechung überführt

Im Jahre 1929 entstand im Anschluß an die Veröffentlichung des Enqueteausschusses über die deutsche Kaliumindustrie eine lebhaft Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer Preislenkung für Kalidünger; insbesondere verlangte die Landwirtschaft eine sofortige und erhebliche Preisermäßigung. Das Kaliumkalkulat wußte sich zu helfen. Es stellte die Grüne Front der Dachorganisation der großen landwirtschaftlichen Interessenverbände, 5 Millionen Mark zur Verfügung. Sofort trat Ruhe ein. Der Ruf nach Verbilligung der Kalipreise verstummt.

Das ist aber glänzend vorbeigelungen. So mußte jetzt der Vorsitzende eines Verbandes von Pächtern und Kleinbauern in Westfalen, der in dieser Angelegenheit angeklagt war, freigesprochen werden. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß die Grüne Front durch die Annahme des Millionenpreises vom Kaliumkalkulat eingeweiht worden und daß sie nicht mehr in ihren Maßnahmen und Einschüßeln gegenüber dem Geldgeber frei sei. Die Angriffe gegen die Grüne Front seien berechtigt, weil mit diesen Angriffen die wahren Interessen der Landwirtschaft vertreten würden. Wenn man solche Gesichte als Schmiergelber bezeichnet, so ist das ein zureichender Ausdruck, solange man sich nicht für unbedingte Sauberkeit hält. In der Kaliumindustrie hat sich auch ein solches Gesicht gezeigt, die der deutschen Nationalen und der nationalsozialistischen Partei angehört. Sie reden, so viel von Sauberkeit im öffentlichen Leben. Wie es mit dieser Sauberkeit bestellt ist, zeigt das oben zitierte Urteil.

Sicherlich sind die Fonds der landwirtschaftlichen Organisationen mit diesen 5 Millionen Mark kräftig aufgebessert worden, unter anderem wurden damit Schiller auf gekauft und zu Bauernhochzeiten ungeschickte, die im Volksmund den Namen Kaliumhochzeiten führen. Dem Bauer ist aber damit nicht geholfen. Er ist an einer Ermäßigung der Kalipreise interessiert. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Bauernverbänden, die nicht in der Grünen Front vertreten sind und die auch von den fünf Millionen des Kaliumkalkulats nichts abbekommen haben. Diese Bauernverbände haben immer wieder die Kaliumkalkulate an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und an der Presse ge-

Breslauer Nachrichten

Die Pflicht ruft!

Parteigenossen, Reichsbannerkameraden, Gewerkschafter, Sportler, Junge Front!

Alles hält sich heute, den 14. Oktober, frei zur Flugblattverbreitung um 18 Uhr.

Distriktslokale siehe gestrige Zeitung

Wählerlisten einsehen!

Auslegen der Wählerliste vom 16.-23. Oktober

Die Wählerliste für die Reichstagswahl am 6. November 1932 wird in der Zeit von Sonntag, den 16. Oktober, bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober 1932, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt...

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß jeder Wähler für sich dafür verantwortlich ist, daß er am Wahltag ein Wahlrecht ausüben kann. Die erst am Wahltag oder nach der Wahl bei Parteien oder Behörden angebrachten Beschwerden werden zum weitaus größten Teile überflüssig sein...

Leipzig-Breslau

Polizeiliche Nachbarschaft am Braunen Hause

Während vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Angelegenheiten der Reichsregierung und des neuen 'Preußenkabinetts' bemüht sind, nachzuweisen, wie unberechtigt die Regierung Braun-Severing gegen die aufbauwilligen Kräfte vorgegangen sei...

Neben dem Braunen Hause in dem Berufsschulgebäude in der Neudorfstraße ist seit ein paar Tagen ein Polizeiposten eingerichtet worden. Es handelt sich nicht um eine Revierwache, sondern lediglich um einen ständig besetzten Posten...

Eigentümlich wirkt es, daß diese Stützpunktwache erst errichtet wurde, nachdem auch Stahlhelmer vor dem Braunen Hause überfallen worden sind. Untere seit sehr, sehr langer Zeit erhobene gleiche Forderung war bisher immer ungehört verhallt.

Auf alle Fälle ist es symptomatisch. In Leipzig wettert die Vertreterschaft der Baronsregierung gegen Braun-Severing, weil sie die Nazis zu schroff behandelt haben soll...

Mitglieder-Versammlungen

des Konsum- und Sparvereins 'Vorwärts'

Im Verlaufe der vergangenen Woche haben nunmehr insgesamt 16 Mitgliederversammlungen des Konsum- und Sparvereins 'Vorwärts' stattgefunden...

Das rege Interesse der Mitglieder der Genossenschaft an den weiteren Geschicken derselben kam durch den außerordentlich starken Besuch dieser Versammlungen zum Ausdruck. Wer jedoch erwartet hat, daß es in diesen Versammlungen zu förmlichen Auseinandersetzungen der Mitglieder mit der Leitung der Genossenschaft kommen würde...

Auch ein Kamerad Dillers

Wie SA-Mann Thielsch ums Leben kam

Ein verzweifelter Vater stand vor dem Schwurgericht Erziehungstragödie in einer Nazifamilie

Vorgestern hatte sich der 46jährige Justizakteur Richard Thielsch vor dem Schwurgericht wegen Totschlags zu verantworten. Er hatte in der Nacht zum 8. März in seiner Wohnung in der Hohenstraße seinen 19jährigen Sohn Willy durch Messerstiche berat schwer verletzt, daß er wenige Stunden später im Krankenhaus das Leben aushauchte.

Die fast siebenstündige Verhandlung gewährte einen außerordentlich ausführlichen Einblick in das Leben verheirateter Kleinbürger. Meister Thielsch, ein braver hieherer Handwerksmeister und Geschäftsinhaber, war durch seinen Sohn und SA-Mann an den Rand der Verzweiflung getrieben worden.

Ob es es Kraß, der Vater schlug den Sohn und der Sohn ging auch in den Vater hinein. Da kam Willy eines Tages und erbat die Erlaubnis, in die NSDAP einzutreten zu dürfen. 'Ich habe dies zuerst freudig begrüßt, weil ich glaubte, daß er durch diese herrliche Bewegung kommen würde'.

So sagte es Vater Thielsch vorgestern vor dem Gericht. In Wirklichkeit fing aber nun die Lebenszeit für ihn erst an. Der frischgebildete SA-Mann fand zunächst eine in die Hitlererei ebenfalls verheiratete SA-Frau. Dazu kam seine Tätigkeit als aufbauwillige Kraft.

Am Tage schloß er, nachts war er unterwegs, entweder bei der Braut oder bei der SA. Arbeit im väterlichen Geschäft war Nebenjahre. Höchstens, daß er noch Rechnungen des Vaters einlieferte, ohne zu Hause etwas von dieser Tätigkeit zu sagen. In dieser Atmosphäre hatten sich die Verhältnisse zugebildet. Willy war auch zu Hause ein rauher Kämpfer durch und durch. Am 7. März, als er wieder von der Nachtfahrt kam, weigerte er sich, früh ins Geschäft zu gehen, obwohl der Vater krank war.

Was dann geschah, wurde durch die vorgerichtliche Verhandlung des Schwurgerichts nicht teilslos gelöst. Die Angaben des bald nach der Tat verhafteten Vaters und seiner Ehefrau gingen dahin, daß Thielsch sich plötzlich aus der Küche kommend, mit einem Brotmesser auf den liegenden Sohn gestürzt habe. Im Laufe der Voruntersuchung änderte sich jedoch die Erklärung der Vorgänge und der Vater gab nun an, in der Küche von seinem vom Sofa aufgestandenen Sohn angegriffen worden zu sein, während er ein Stück Brot aß und das Messer zum Zerhacken ganz zufällig in der Hand hatte.

Frau Thielsch brachte in einer Aktentasche zur Charakterisierung ihres Sohnes einige SA-Waffen mit. Einen prima Gummihüpfel, ein aus jeßmal zusammengelegtem Isolierdraht gefertigtes Prügelinstrument, das nicht von Pappe ist und ein an einer Schnur befestigtes Eisenwerkzeug legte sie auf den Gerichtstisch. Diese Dinge hatte er stets bei sich, erzählte die Mutter. Einmal, als der rauhe Kämpfer mit der Mutter um das Essen stritt, schrie er sie an:

'Halt die Schnauze!' Dabei zog er den Gummihüpfel aus der Tasche.

Die Schwester erklärte vor Gericht, daß Willy einmal mit dem Schredich-Knövler nach ihr geschossen habe. 'Wenn du jetzt nicht ruhig bist, schreie ich dich tot!'

Aus allen diesen Aussagen der terrorisierten Familie kann man sich ungefähr das Verhalten dieses Helben gegenüber den Nazis vorstellen. Freilich, wenn man ihn in dieser Beziehung einmal erwägt hätte, wäre die Mutter sicher nicht mit den SA-Vertretern zur Gerichtsverhandlung gekommen.

Ueberhaupt scheint sich mit den veränderten Aussagen auch manches gewandelt zu haben in der Familie Thielsch. Nach der Beerdigung des ums Leben gekommenen erschien in Nr. 50 der 'Schlesischen Tageszeitung' eine nur von Mutter und Tochter unterzeichnete Dankagung an alle Parteigenossen, in der die Obernazis Gauleiter und Gruppenführer angemittelt wurden, daß sie dem wackeren Kämpfer das letzte Geleit gegeben haben. Man gewann aus dieser Anzeige den Eindruck, daß Frau und Fräulein Thielsch der Hitlerpartei näherstanden als ihrem Mann und Vater, der letzten Endes eben seine Hoffnung auf die erzieherische Wirkung der Hitlerpartei schwinden sah und von der Verzweiflung zu seiner blutigen Tat getrieben worden ist.

Ein Kapitel für sich war die als Zeugin aufmarschierende 19 Jahre zählende SA-Frau und Kaufmannstochter Kolheer aus dem Nachbarhause. Sie ist nicht gut zu sprechen auf die Familie Thielsch. Sie hat auch Briefe an das Gericht geschrieben, in denen sie die Vermutung äußerte, der Vater habe seinen Sohn nur deshalb umgebracht, weil er auf die Versicherungssumme spekuliert habe, denn der Willy sei in der SA versichert gewesen. Solche Sorte 'Sozialistinnen' braucht man in der Nazipartei. Das Mädel scheint noch nie etwas gehört zu haben, daß die rauhen Kämpfer nur beim Nieder schlagen der Nazis kein Recht sind und daß übrigens auch dann noch keinerlei Rechtsanspruch auf diese Versicherung geltend gemacht werden kann.

Staatsanwaltschaftsrat Ig hielt den Vater Thielsch des Totschlags für überführt und beantragte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wisig, plädierte dagegen auf Notwehr und beantragte Freisprechung. Als der Angeklagte zum Schluß mit erschütternden Worten beteuerte, wie schwer ihn seine Tat selbst betroffen habe, da konnte man sich des Gefühls nicht erwehren, daß eigentlich die Burzhen auf der Anklagebank zu sitzen hätten, die aus jungen Menschen durch starke Worte, Großmannsjucht, Uniform- und Soldatenpielerei solche Gestalten großzüchten, wie der ums Leben gekommenen eine geworden ist. Schließlich ist ja auch ein Vater, der seinen Jungen begeistert in jene Kolonnen schickt, die letzten Endes einen Terroristen aus ihm machten, ein Opfer der mit hochtönenden Phrasen arbeitenden Führergeharnen a la Heines.

Das Schwurgericht verurteilte T. wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis.

Die siebenmonatige Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Für den Rest der Strafe bewilligte es eine Bewährungsfrist, weil es der Ueberzeugung war, daß er nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus heillosen Not gehandelt habe. Das ungeschickte Benehmen des Jungen, das erweisen ist, lasse es verständlich erscheinen, daß der Vater ihm habe einen Dankschreiben geben wollen. Trotz aller Milderungsgründe habe das Gericht wegen der Schwere der Tat über die Mindeststrafe hinausgehen müssen.

Meister Thielsch wird über die erzieherischen Werte der 'herrlichen Bewegung' der NSDAP, heute sicher anders denken als seinerzeit, da er begeistert seinen Jungen hinschickte. Er ahnte sicher gar nicht, wie er damit selbst Hand anlegte zur Zerstörung seiner Familie und seiner eigenen Existenz. Er hat besonders bitteres Lehrgeld zahlen müssen, ehe es ihm klar wurde, daß die 'herrliche Bewegung' nichts anderes ist, als eine Verbrecherhölle.

volle Vorschläge gemacht. Die ersten Versammlungen haben bewiesen, daß die Stärke des genossenschaftlichen Gedankens auch durch solche schweren Krisenereignissen, wie sie der Konsumverein 'Vorwärts' zur Zeit durchmachen muß, nicht zu zerbrechen ist. Wenn sich dieser Fonds von Zuversicht und genossenschaftlichem Zusammenhalten in Markt und Pfenningen in der Bilanz nicht nachweisen läßt, so ist er doch der stärkste Faktor für den weiteren Fortschritt dieses Arbeiterunternehmens. Es gilt nunmehr nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln und den Worten die praktische Tat folgen zu lassen. Dies geschieht dadurch, daß jeder Genossenschaftler seinen Bedarf restlos im eigenen Unternehmen deckt und daß jeder Gewerkschafter und alle, die der Arbeiterbewegung nahesteht und der Genossenschaft noch nicht angehört, unverzüglich auch ihre Kaufkraft dem eigenen Unternehmen zur Verfügung stellen.

Nächsten Montag spricht Hölting

Motorrad gestohlen

Aus dem Hausflur des Grundstücks Eljaßer Straße 10 ist gestern in der Zeit von 19¼ bis 20¼ Uhr ein Motorrad Marke 'NSU' mit dem Kennzeichen L. K. 8018 gestohlen worden. Der Eigentümer hat eine Belohnung für die Wiedererlangung ausgesetzt.

1. Wertung des Werbe-Wettbewerbes der Sozialistischen Arbeiterjugend

Die ersten Ergebnisse der Heime über unseren Wettbewerb liegen vor. Manche Heime haben erstaunliche Leistungen im Vertrieb von Broschüren und Werbefarben gezeigt. An der Spitze marschiert das Heim 6 mit einer Punktzahl von 856. Erreicht wird diese Zahl durch eine gute Ausrüstung und durch die Werbung von Mitgliedern. An zweiter Stelle folgt Heim 2 mit 643 Punkten. Das Heim hat einen guten Umsatz von Broschüren und Kampffondsmarken. Eine beachtliche Leistung hat unser jüngstes Heim, Gruppe 3, vollbracht, das mit 342 Punkten beweist, was auch eine junge Gruppe leisten kann. Die nächsten Resultate sind: 4. Heim 7 144 Punkte, 5. Heim 8 106 Punkte, 6. Heim 9 63 Punkte, 7. Heim 1 48 Punkte. Ja, in der Arbeit sind die Heime 4 und 5, die keine Punktzahl melden können. Wir hoffen, daß die Resultate allen Heimen zeigen, daß jeder nur seine Kräfte anzustrengen braucht, um mit einem der ersten Plätze zu belegen.

Die Werbung geht weiter!

Einbrecher am Werk

In der Nacht zu Mittwoch verschafften sich Einbrecher mit Hilfe von Nachschlüssel den Eingang in eine Bäckerei in der Steinauer Straße, aus der sie 2½ Zentner Weizenmehl fortstiehlten. Die Polizei hat die Einbrecher bereits festgenommen.

In der darauffolgenden Nacht wurde ein Kleidergeschäft am Nikolaistadtplatz heimlich, aus dem die nächtlichen Kunden 34 Paar Kleiderbroschüren, sechs lange Polen, neun Wintermäntel mit dreiteiligem Gürtel, mehrere grüne Winterjoppen sowie zwei Stücke Anzugstoff im Gesamtwerte von mehreren hundert Mark mitgenommen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Arbeiter sind vogelfrei!

Ein neues unerhörtes Urteil in Liegnitz — Rittergutbesitzer läßt ganze Arbeiterfamilie ausräuchern — 5 Menschen vergiftet und fast umgebracht — Schöffengericht: 6 Monate Gefängnis Strafkammer: Freispruch!

In sensationeller Verhandlung hatte sich vor der Liegnitzer Großen Strafkammer als Berufungsinstanz der Rittergutbesitzer Ludwig Proste aus Krümmelnde wegen Anstiftung zur verbotenen Nötigung und zur gefährlichen Körperverletzung zu verantworten. Der Anklage lag ein

regelmäßiger Mordanschlag

auf eine ganze Familie zugrunde.

Auf dem Rittergut des Proste wohnte im Jahre 1931 der Meistermeister Karl Wryzbill mit Frau und drei Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren. Wegen Differenzen wurde dem Meister die Stellung gekündigt und zwei Tage später bekam er von Frau Proste einen Brief, daß er bis nachmittags 3 Uhr die Wohnung zu räumen habe. Da er aber weder Stellung noch neue Wohnung erhielt, blieb er trotz eines Räumungsurteils, das Proste erhielt, weiter in der Wohnung. Nun beschloß Proste in gewisser Weise

kurzerhand die ganze Familie auszuräuchern. Er erließ dem Arbeiter Gustav Krause den Auftrag, den einen oder beide Schornsteine der Wohnung zu verstopfen.

Früher hatte Krause erklärt, daß er beide Schornsteine verstopfen sollte. Er führte den Auftrag am 2. Juni 1931 aus. Die Folge war, daß in der folgenden Nacht Rauch und Kohlenoxydgase nicht durch den Schornstein entweichen konnten, in die Arbeiterwohnung eindrangen, so daß diese völlig verqualmt wurde. Um ein Haar wäre die ganze fünfköpfige Familie bei diesem Anschlag ums Leben gekommen! Zufällig wachte der Chefmann an Brechreiz auf. Er mußte sich übergeben, konnte aber nachsehen, wie Frau und die drei Kinder, bei denen sich bereits schwere Vergiftungserscheinungen eingestellt hatten, noch aus dem vergifteten Zimmer hinaustragen und in ein anderes Zimmer schaffen.

Als der Oberlandjäger und der zuständige Schornsteinfegermeister mit der Untersuchung beauftragt wurden, verweigerte ihnen Proste die Schlüssel. Das Liegnitzer Schöffengericht verurteilte den verurteilten Arbeiter zu einem Monat Gefängnis, den Anstifter Proste aber zu sechs Monaten Gefängnis. Es wurde betont, daß dieselben in früheren Jahren

hundert eine solche lebensgefährliche Ausräucherung möglich war, nicht aber in unserem heutigen Rechtsstaat.

Gegen das Urteil legte Proste Berufung ein und marschierte nun mit zwei Anwälten vor dem Berufungsgericht auf. Nach dem Ergebnis der erneuten Beweisaufnahme und den Sachverständigenurteilen, welche die Darstellung der Angeklagten als glaubwürdig bezeichneten, beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung der Berufung.

Das Berufungsgericht aber kam zu einer Aufhebung des 1. Urteils und

sprach den Angeklagten frei!

Es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte auch den Schornstein des Schlafzimmers verstopfen ließ. Er habe den Leuten auch keinen körperlichen Schaden zugefügt, sondern nur erreicht wollen, daß sie aus der Wohnung ausziehen.

Dieses Urteil „im Namen des Volkes“ schlägt den gesunden Gerechtigkeitssinn des „Volkes“ geradezu ins Gesicht. Es bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeiter vogelfrei sind und Großgrundbesitzer und Rittergutbesitzer ihren Landarbeitern gegenüber schlimmere Methoden anwenden dürfen, als dies zurzeit der Arbeitslosigkeit möglich war.

Es steht fest, daß auf Geheiß des Angeklagten der Ofen verstopft wurde und hierdurch um ein Haar fünf Menschenleben vernichtet worden wären. Der Anstifter dieses verbrecherischen Mordanschlags ist nun freigesprochen. Sein Opfer aber, der von ihm abhängige Arbeiter, der seine Anweisungen befolgte, ist zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Man hat wirklich nur zu oft den Eindruck, daß die Justiz eine Binde vor den Augen trägt.



Schmerzlos Rasieren durch vorheriges Einreiben mit NIVEA CREME oder aber mit NIVEA ÖL

Die Lerne lust aus Wort:

Büchel Buch — auch in der Volkshochschule

Die Umgestaltung Deutschlands am Ende des Krieges hat auch eine Umformung der Lebensweise des deutschen Volkes zur Folge gehabt, die sich in körperlicher wie in geistiger Hinsicht verschiedenartig auswirkte.

Die Körperkultur hat die Republik weitgehend gefördert. Die Behörden haben Sportplätze ausgebaut und diese, sowie die Turnhallen der Schulen, der Sportbewegung zur Verfügung gestellt. Die Ufer der Wasserläufe, Seen und Teiche wimmeln in den warmen Sommertagen von Kindern und Erwachsenen heiderlei Geschlechts. Keiner der Beteiligten findet etwas anstößiges daran. Nur janatliche Muder und eingeleistete Gesinnungsfehler können an diesem gesunden, fröhlichen und überaus natürlichen Treiben etwas unangenehmes herauszufinden. Die breite Masse der Bevölkerung, vom einfachsten Proleten bis in die Kreise der Besitzenden, hat diese Freiheiten erkennen und mit der Zeit als etwas Selbstverständliches betrachtet gelernt.

Wie sieht es nun aber mit dem geistigen Fortschritt in der neuen Zeit aus? Hier muß von vornherein gesagt werden, daß die deutsche Verfassung auch hier Wege der Bildungsmöglichkeit gebnet hat.

Die Schulen sind verbessert worden. Reformschulen mit Anschauungsunterricht, auch Sammelschulen ohne Religionsunterricht wurden geschaffen. Der Übergang aus den Volkshochschulen in höhere Lehreinrichtungen ist ebenfalls erleichtert. Die Fortbildungsschulen sind ausgebaut und auf dem Lande Schulzwang eingeführt worden. Die Arbeiterzeitung hat sich jedoch auch aus eigener Initiative heraus Bildungsmöglichkeiten geschaffen. Einrichtung von aller möglichen Kursen, Arbeiterwirtschaftsschulen, Gewerkschafts-, Maschinenbaukursen und dergleichen mehr ist ihr Werk. Eine gute und billige Gelegenheit, sich Wissen anzueignen und seinen Geist zu schulen, bieten, das ist wohl unbestritten, in den Städten die Volkshochschulen. Sie machen es jedem nach seiner Aufnahmefähigkeit möglich, sich in den ihm liegenden Fächern zu schulen. Leider ist der Drang zur geistigen Erleuchtung bisher nicht in dem Maße zu verzeichnen, wie es bei der Körperpflege der Fall ist. Proleten in den Betrieben und die ihr arbeitslos sind, vermissen auch die Macht des Wissens!

Gebet des Wortes: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen.“ Laßt die Wintersemester der Volkshochschule nicht vorübergehen, ohne euch daran beteiligt zu haben. Sorgt dafür, daß man bei den bevorstehenden Anmeldungen, nicht wie bisher, zwei bis drei Stunden, sondern mindestens fünf bis sechs Stunden warten muß, so daß sich das Mindestmaß an geistiger Arbeit, Nebenstellen für die Anmeldungen sowie Parallelkurse einrichten.

Fürchtet euch nicht vor der Bezeichnung „Volkshochschule“. Schreider dieser Zeilen hat mit 32 Jahren und einfacher Volkshochschulbildung den ersten Versuch gemacht, hat die ersten Schwierigkeiten spielend überwunden und so viel Freude am Lernen gefunden, daß er die Zeit des Wiederbeginns gar nicht erwarten kann. Ganz besonders du, du proletarische Jugend, verteidige deine Zeit nicht mit Tadeln und leerem Geschwätz. Ueberlag nicht, wie bisher, alle Bildungsmöglichkeiten den Bürgerlichen. Heute die Zeit deiner Jugend, deine Geisteskräfte wird dringend gebraucht, du bist die Zukunft der Welt. Darum: Geht hinein in die Volkshochschulen!

Vom Stimmungsumschwung

Ein sozialdemokratischer Handwerksmeister schreibt uns: Von Zeit zu Zeit habe ich Anlaß, in einer Restauration vor dem Döner einzufahren. Früher ging dort neben dem unentbehrlichen General immer die „Volkswacht“ für alle Gäste deutlich sichtbar an der Wand. Anders war es, als ich im vergangenen Hochsommer einmal einkehrte. Den Platz der „Volkswacht“ hatte eine Tageszeitung eingenommen. Ich traute meinen Augen nicht und fragte nach der „Volkswacht“, da ich etwas nachsehen wollte. Der Wirt hielt sie noch, aber er brachte sie, wie während zu Wilhelm's Zeiten, hinter dem Schenke hervor, wenn ein Gast danach verlangte. Im August war es auch noch so. Als ich aber dieser Lage wieder einmal dort einkehrte, hatte die „Volkswacht“ wieder ihren alten Ehrenplatz für alle Gäste deutlich sichtbar an der Wand. Zufällig kam aus dieser Zeit ein gelblicher Nazi-Zeitungsblätter in des Lokal, es war aber kein Geschäft zu machen, vielmehr sagte ihm der Wirt: „Heute nicht, vielleicht ein andermal wieder.“ Als er gegangen war, sagte der Wirt: „Der will auch Geschäft machen, aber mit seiner Zeitung vertreibt er mir höchstens die Gäste.“ Und wer hat keine Gäste? Ja, der Herr Arbeiter, aber er

lehren heute weniger als früher ein, denn der Verdienst ist gar zu knapp. Es sind also wohl vor allem Leute aus dem kleinen Mittelstande, die eine Weise nach dem Naziblatt verlangten und es heute nicht mehr sehen wollen.

Mehr Mühsal im Arbeitsamt

Das hiesige Arbeitsamt hat im Gebäude Sternstraße am Zimmer 15, sowie an den Tafeln im Hausflur, keine Angaben über die Sprechzeiten gemacht.

Es kommen aber Arbeitslose, besonders die erst arbeitslos geworden sind, also noch nicht in Arbeitsamtsachen bewandert sind, außerhalb der Sprechzeiten ins Zimmer 15. Hier werden sie von einem Herrn, der die Abfertigung erledigt, in einer Tonart angefahren, der an den so sprichwörtlich gewordenen „Kgl. preussischen Kalernerhof“ erinnert. Der Herr spricht in seinem Disponieren nicht ganz sicher zu sein, denn es passierte einem älteren Arbeitslosen, der nach 23jähriger ununterbrochener Tätigkeit unverschuldet arbeitslos geworden war und nur eine Beschäftigung abgeben wollte, daß er von diesem Herrn jäcklicher Weise in das Zimmer 14 gewiesen wurde. Von einem Herrn von Zimmer 14 auf den Fehler aufmerksam gemacht, schrieb der bezeichnete Herr den Arbeitslosen in ungehöriger Weise an und wies ihn ab, mit der Begründung, daß heute keine Sprechzeit sei. Zuerst Annahme und Verweisen in ein anderes Zimmer, dann hinausweisen. Der Arbeitslose hat keine Veranlassung gegeben, den betreffenden Herrn zu erregen, denn die Unkenntnis in Arbeitslosenangelegenheiten ist keine Veranlassung.

Der Wirt Lejer wird verstehen, wie bitter dies auf einen unverschuldet arbeitslos gewordenen im vorgeschrittenen Lebensalter wirken muß, in so kühnen Tönen behandelt zu werden. Die Angeklagten des Arbeitsamtes mögen sich doch überlegen, daß sie erst Arbeitslosigkeit haben durch die Arbeitslosigkeit der anderen. Viele Taktische müßte sie, den Erwerbslosen gegenüber, zu größerem Entgegenkommen veranlassen.

Darum mögen diese Zeilen das Arbeitsamt veranlassen, ihre Angeklagten anzusehen, besonders den hinzukommenden älteren Arbeitslose etwas nachsichtiger behandeln zu wollen. Denn diese können nicht alle Geschäftsgänge innerhalb des Arbeitsamtes wissen, wie die Arbeitslosen, die schon häufig mit diesem zu tun hatten.

Es ist im öffentlichen Interesse zu wünschen, daß am Zimmer 15 und auch an den Tafeln im Hausflur Angaben über die Sprechzeiten gemacht werden.

Regierungsorganisationen auch in der Schule

Wer immer noch nicht glauben sollte, daß vor den Wahlen ein Geheimvertrag zwischen den Herrenkinder-Bezirken und der NSDAP abgeschlossen worden ist, wie jetzt in Leipzig klar gezeigt wurde, dem ist es durch folgendes noch einmal bewiesen worden. Dieser Tage ging durch die Schulen eine Bekanntmachung: „Die Mitgliedschaft zur Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei und zu ihren Jugendgruppen ist nunmehr erlaubt.“ Dieses neuerliche Geheiß der Papenbarone an ihren Vertragspartner NSDAP, ist zwar in Wirklichkeit nur formell, denn trotz des Verbots waren alle nazistischen Schüler entweder in der SA, der Hitler-Jugend oder sogar in dem trotz Verbots illegal weitergeführten NS-Schülerbund organisiert und trugen in der Schule, ungehindert von Direktor oder Lehrern, Holz ihre volle Kriegsbemalung zur Schau. Doch es ist für diese glorreichste aller republikanischen Regierungen charakteristisch, daß sie die Regierung Braun-Severing wegen angeblicher „Gefährdung der Ruhe und Ordnung“ absetzte und jetzt die Schultrotgruppen der Nazis wieder aufleben läßt. Hier in Breslau wurden eine Reihe Schulen, insbesondere das Gymnasium zum Heiligen Geist vor einigen Monaten daran mit Verhaftungen des NS-Schülerbundes beauftragt, daß erst ein mehrfacher Neuantritt die Schulen wieder befechtigen konnte. (Der Steuerzahler bleib ja gern für die „nationale Betätigung von Hitlers jugendlichen runden Kämpfern“). Eine andere Zeitung „nationaler Gehirns“ der Nazis war es, als sie am Verfalltag in helle Scharen an Jugendplatz fanden und Passanten anpöbelten. Ein der polizeiliche Gummistempel konnte sie aus-einanderreißen.

Wozu die Regierungsorganisationen führen, sieht man an deutschen an den Universitäten. Der Nationalsozialismus fühlt sich nur bei Terroristen wohl! Aus diesem Grunde kann man für die linkslebende Schüler- und Lehrgesellschaft angeht dieser „Nazi“-vollen Verordnungen das nachfolgende Merkmal haben: Argenta

Fingierter Raubüberfall

Im Postamt in Raudten war von dem diensttuenden Beamten der Postkeller Ulrich bewußlos am Boden liegen aufgefunden worden. Eine Geldkiste war gewaltsam geöffnet und wie später festgestellt wurde, ein Betrag von 2900 Mark entwendet worden. Der herbeigerufene Oberlandjäger untersuchte sofort die Angelegenheit und machte dabei die überraschende Feststellung, daß der Postkeller die Bewußtlosigkeit nur vorgetuschelt und der Raubüberfall fingiert hatte. Der Postkeller hatte die verlorene Geldkiste gewaltsam geöffnet und die 2900 Mark entwendet. Geld wurde in dem Ofen des Nebenzimmers vorgefunden. Der Täter legte ein Geständnis ab, gab aber über die Gründe, die ihn zu der Tat veranlaßten, keine genaue Auskunft. Ulrich, 24 Jahre alt ist, galt als tüchtig und zuverlässig.

Der Mord bei Grünberg

Im Zusammenhang mit dem Mord an dem Autobroschensberger Sarnowski sind verschiedene Verdächtige der Polizei zugeführt worden. Es handelt sich teils um Landstreicher, teils um verdächtig gemacht hatten, teils um Motorrad- und Autofahrer, die ohne Führerschein angetroffen wurden. Bei dieser Gelegenheit werden voraussichtlich verschiedene Motorraddiebstahl aufgeklärt werden können. Ferner wurden einige Hausierer und Reisende überprüft, einige „Tippelbrüder“ wurden polizeilich festgehalten, da sie Kratzwunden und Beulen im Gesicht hatten und dadurch aufgefallen waren; es ergab sich aber, daß sie bei einer Geburtstagsfeier gegenseitig so zugerichtet hatten. Der Öffentlichkeit laufen die verschiedensten Gerüchte um, zum größten Teil völlig abwegig sind.

Am Mittwoch weckte der Leiter der Breslauer Kriminalpolizei, Regierungsrat Kömmer, in Grünberg. Er ist bereits am Abend wieder abgereist.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten

Wie erst jetzt bekannt wird, hat am Montag der Unteroffizier Kubert, der der Reichswehr in Keiße angehört, Selbstmord durch Erschießen verübt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Eine Hochzeit mit Hindernissen

In einem Dorfe bei Steinau in OS. sollte mittags um 1 Uhr die standesamtliche Trauung eines Brautpaares stattfinden. Zur angegebenen Zeit war jedoch der Standesbeamte einfach nicht aufzufinden. Man ermittelte schließlich, daß er nach Keiße gefahren sei und es blieb nichts weiter übrig, als einen Bekannten nach Keiße zu entsenden mit der Aufgabe, den Standesbeamten auf dem schnellsten Wege in sein Heimatdorf zu bringen, um dort seine Amtspflichten zu erfüllen. Nach mehreren Stunden traf er dann auch mit einem Auto ein und nun konnte die Trauung vor sich gehen.

Zwei Scheunen niedergebrannt

In der mit Erntevorräten gefüllten Scheune des Gutes Kaldau im Kreise Leobschütz war Feuer ausgebrochen, das die Scheune sowie einen angrenzenden Schuppen völlig in Asche legte. Das Feuer soll durch mit Rindhöckern spielende Kinder verursacht worden sein. Etwa zur gleichen Zeit brannte es in benachbarten Pöhlitz, wo die mit Erntevorräten gefüllte Scheune des Gastwirts Meißner ebenfalls völlig niedergebrannt. Neben den Erntevorräten wurden verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und Geräte vernichtet. Bei diesem Feuer wird Brandstiftung vermutet.

Dels. Tödlicher Motorradunfall. In Groß-Groben stürzte der 21jährige Schlosser Otto Dreßler mit dem Motorrad so schwer, daß er einen Schädelbruch erlitt. Im Krankenhaus starb er an diesen Verletzungen gestorben. Der Soziusfahrer wurde bei einem Unfall leicht verletzt. Wahrscheinlich ist das Unglück durch Plagen eines Reisens entstanden.

Dhlau. Zunahme der Diphtherieerkrankungen im Kreise Dhlau. In Jotkowitz sind jetzt durch den Kreisarzt 42 Fälle von Diphtherie-Erkrankungen festgestellt worden. Auch Erwachsene liegen krank darnieder. Im Nachbarort Würben sind ebenfalls zahlreiche Kinder erkrankt, von denen ein Teil im Kreisstrankenhause Dhlau eingeliefert wurde.

Glogau. Gefährliches Spiel. In Ruttlau feierte ein 17jähriger Schüler einen Quadenhaufen in Brand und zündete gleich darauf einen in der Nähe befindlichen Strohscheber an. Man gerad im Begriff war, einen zweiten Strohscheber in Brand zu setzen, wurde er von Erwachsenen überrascht. Immerhin wurde bei dem ersten Brande mehrere Fuhren Stroh vernichtet worden.

Sagan. 300 Hühner verbrannt. In Wieselau brannte nachts eine Hühnerfarm nieder, wobei etwa 300 Hühner und sämtliches Inventar ein Raub der Flammen wurden.

Sagan. Aus der Fremdenlegion zurückgekehrt. Nach achtjähriger Abwesenheit ist jetzt der Zimmermann Gerhard Grabig aus der französischen Fremdenlegion zurückgekehrt. Grabig war seinerzeit ohne Wissen seiner Eltern in die Fremdenlegion eingetreten. Er hat die schweren Kämpfe 1925 bis 1927 mitmachen müssen und ist als Korporal abgegangen.

Görlitz. Unterschlagungen eines Stadtschreibers. Der Stadtschreiber Fritz Frömelt in Görlitz hat städtische Gelder im Betrage von etwa 4000 Mark unterschlagen. Gegen den ungetreuen Beamten ist ein Disziplinar- und Strafverfahren eingeleitet worden.

Groß-Strehlitz. Eierhandgranate im Finanzamt. In einem Eiertraum des hiesigen Finanzamtes wurde eine angelegte Eierhandgranate gefunden. Wie diese in der Raum gekommen ist und ob es sich um einen geplanten Anschlag oder einen „Scherz“ handelt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Cosel. Tödlicher Ausgang einer Liebes-trogodie. In der vergangenen Nacht wurde in Koselitz die Tochter Berta des Häuslers Marx von dem Arbeiter Karl Wleżko aus Urbanowiz aus Eiferucht niedergehauen. Sie ist jetzt ihren schweren Verletzungen erlegen.

Gleiwitz. Schüsse aus einem Personentransportwagen. In der Nähe der St. Josefs-Kirche wurden nachts mehrere Schüsse abgegeben und zwar nach den Befundungen eines Bahnwärters aus einem Personentransportwagen. Das ist ein alarmierte Ueberfallkommando durchsuchte vor dem Bahnhof einen Kraftwagen, ohne jedoch Waffen zu finden.



Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 15-18 Uhr

- Kietzdorf.** Sonnabend, den 15. Oktober, 20 Uhr, bei Ehrenberg: Mitgliederversammlung. Redner ist anwesend.
- Melkowitz.** Sonnabend, den 15. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Redner ist Genosse Herbert Löbe, Breslau.
- Groß-Heidau.** Sonntag, den 16. Oktober, 14 Uhr, findet im Lokal Guster in Frobelwitz unsere Mitgliederversammlung statt. Redner ist Genosse Schiffer. Wir erwarten pünktliches Erscheinen aller Mitglieder.
- Treiden.** Sonnabend, den 15. Oktober, 20 Uhr, bei Malleslein: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Kein Mitglied darf fehlen.
- Hilberhausen.** Sonntag, den 16. Oktober, veranstaltet die Ortsgruppe Hilberhausen der SPD ihre Gründungsfeier. Anfang 15 Uhr. Festredner: Genosse Schiffer. Lokal Speer.